

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Zeile oder deren Raum 110 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42.

Donnerstag, den 19. Februar 1920.

27. Jahrg.

Das Betriebsrätegesetz.

III.

Der Aufbau der Betriebsvertretungen.

Betriebsräte werden in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, gewählt. Der Betriebsrat wird, je nach der Anzahl der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer, aus mindestens 3 und höchstens 80 Mitgliedern bestehen, und zwar:

in Betrieben von 20 bis 49 Arbeitnehmern aus 3 Mitgliedern.

in Betrieben mit 50 bis 99 Arbeitnehmern aus 5 Mitgliedern.

in Betrieben von 100 bis 199 Arbeitnehmern aus 6 Mitgliedern.

Die Zahl der Mitglieder erhöht sich um je eines in Betrieben von

200 bis 999 Arbeitnehmern für je weitere 200,

1000 bis 5999 Arbeitnehmern für je weitere 500,

6000 und mehr Arbeitnehmern für je weitere 1000.

In allen Betrieben, wo Betriebsräte bestehen, werden auch noch Arbeiterräte und Angestelltenräte errichtet zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes.

Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die mindestens 18 Jahre und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Wahlbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsbildung sind und am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betriebe oder dem Unternehmen, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbegebiet oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind.

Die Mängel des Gesetzes

bestehen vor allem darin, daß das Gesetz nicht auf alle Betriebe angewendet werden kann, denn nur Betriebe, die mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, erhalten einen Betriebsrat, aber auch nur dann, wenn mindestens 3 der Arbeitnehmer 24 Jahre und zwei weitere mindestens 20 Jahre alt sind. Damit scheidet fast das gesamte Kleingewerbe aus. Bei der Landwirtschaft wird dieser Mangel noch dadurch verschärft, daß mindestens 10 ständig Beschäftigte im Betriebe vorhanden sein müssen, davon 3 über 24 Jahre, ehe ein Betriebsrat gewählt werden kann. Da Familienangehörige als Arbeitnehmer nicht mitzählen, müssen die landwirtschaftlichen Betriebe schon recht groß sein, ehe sie eine Vertretung nach dem Betriebsrätegesetz bekommen können. Hier hat der weitere Kampf um Verbesserung des Gesetzes einzusetzen.

Ausblick

Wer natürlich glaubte, daß ein einzelnes Gesetz imstande sei, die Volksozialisierung zu bringen, muß enttäuscht sein, hat aber auch andererseits nicht begriffen, daß dies geschichtlich und wirtschaftlich eine direkte Unmöglichkeit ist. Eine Revolution kann wohl auf politischem Gebiete alles mit einem Schlage bringen, niemals aber auf wirtschaftlichem. Hier geht es nur schrittweise, bestenfalls sprunghaft vorwärts. Die privatkapitalistische Produktionsweise hat einige Jahrhunderte zu ihrer Entwicklung gebraucht, die moderne neuzeitliche mit ihren höchst entwickelten Ausstrahlungen, den Aktiengesellschaften, Kartellen, Syndikaten, nahezu 100 Jahre. Aber auf dieser höchsten Stufe des Wirtschaftslebens steht erst ein Teil der Produktion. Es geht dann in mannigfachen Abstufungen abwärts bis zu sehr primitiven Produktionsmethoden. Revolutionen bringen auf wirtschaftlichem Gebiet nie etwas Fertiges, sondern sind nur der Antrieb zu Neuem. Und wenn es auf den ersten Anstich nicht gelang, dem Kapitalismus mehr zu entreißen, so trägt eben die leidige Zersplitterung der Arbeiter und Angestellten die Schuld und vor allem die „Unabhängigen“, die das Gesetz in Bau und Bogen belächelten, statt, wie es ihre Pflicht als Arbeiterpartei gewesen wäre, mit der Sozialdemokratischen Partei an der Verbesserung des Gesetzes mitzuarbeiten. Sie hat sich damit zum Handlanger der Reaktion und der kapitalistischen Produktionsweise gemacht.

Man muß das Gesetz als den Anfang einer neuen wirtschaftlichen, geschichtlichen Epoche betrachten, die Plattform, von welcher dann ein weiterer Sprung gewagt werden kann. Und wenn man das Betriebsrätegesetz unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, dann erklären sich für die Arbeiterklasse lichtvolle Ausblicke und manche Entwicklungsmöglichkeiten. Die Arbeiterklasse ist in den Sattel gefahren; sie hat jetzt zu zeigen, daß sie reiten kann. Und da kommt es bei den kommenden Wahlen vor allem darauf an, wer in die Betriebsräte gewählt wird. Es kommt weder auf radikales Maulheldentum, noch auf guten Willen an, sondern auf Intelligenz und Können, gepaart mit wirklichem revolutionärem Ideenreichtum. Eine Fülle von Aufgaben harret der Betriebsräte.

Darüber hinaus haben die Betriebsräte ihren großen Aufgaben auch geistig, in eine theoretische und praktische

Schulung derselben eine unerläßliche Notwendigkeit. Ein verheißungsvoller Anfang ist in Berlin mit der Betriebsräteschule bereits gemacht. Aber dies genügt keineswegs. Auf allen namhaften Industriepunkten oder in zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten muß eine Betriebsräteschule wirken, wenn die Arbeitervertretungen alle die Aufgaben lösen sollen, die ihnen im Gesetz gestellt worden sind. Ist dies geschehen, dann wird es Zeit, daß die Aufgaben der Betriebsräte erweitert werden müssen. Auch einer gut geleiteten Zeitschrift zum Gedankenaustausch unter den Betriebsräten muß näher getreten werden.

Ueber die bisherigen Arbeitervertretungen, die Arbeiter- und Angestelltenvereine, auch über das seinerzeit vorgelegte Arbeitskammergesetz geht das Betriebsrätegesetz weit hinaus. Alle bisherigen, durch die Gesetzgebung gewährleisteten Vertretungen der Arbeiter und Angestellten wie ihre gewerkschaftlichen Einflüsse bezogen sich nur auf den Arbeitsvertrag. Das Betriebsrätegesetz aber gewährt Einfluß auf die Produktion selbst. Das ist das grundlegendste Neue, das Revolutionäre! Neben dem bisherigen privilegierten Vertreter im Produktionsprozess, dem privatkapitalistischen Unternehmer, erscheint der Arbeiter und Angestellte als der Bannerträger einer neuen Zeit und einer neuen Weltanschauung, verkündend, daß das individualistisch-egoistische Prinzip im Wandel und das sozialistische Prinzip auf dem Marsch ist.

Die neueste Hege der Mideutschen.

Wider alles Erwarten haben die Alliierten von dem Auslieferungsgesetz Abstand genommen. Sie sind auf den Vorschlag der deutschen Regierung vom 25. Januar eingegangen und haben selbst auf die Mitwirkung eigener Vertreter bei den kommenden Verhandlungen in Leipzig Abstand genommen. Wir Sozialdemokraten sind weit davon entfernt, diesen Umschwung auf keinen der Entente als einen Sieg der deutschen Regierung zu bejubeln. Wir wissen, daß andere Kräfte, daß das ureigenste Interesse der Sieger diese Aenderung bewirkt hat. Nichtsdestoweniger geben wir unserer Genugtuung darüber Ausdruck, daß zum ersten Male seit Kriegsausbruch auf der Seite der Gegner die Vernunft zu Worte gekommen ist. An uns, an der Regierung liegt es nunmehr, zu zeigen, daß wir ernsthaft gewillt sind, das mit der Note vom 25. Januar gegebene Versprechen restlos durchzuführen und alle diejenigen, die sich in verbrecherischer Weise während des Krieges an der Bevölkerung im besetzten Gebiete vergangen haben, rückwärtslos zur Verantwortung ziehen.

Diese unsere Stellung ist der Grund zu einer neuen Hege der Mideutschen gegen die Mehrheit des Volkes und gegen die Regierung. Sie schimpfen in der bekanntesten Weise, vielleicht sogar noch einen Ton kräftiger und jammern über die neuen Wege zur deutschen Schande. Als das Auslieferungsgesetz gestellt wurde, erhoben diese Kreise nicht etwa aus Volks-, sondern aus Parteinteressen den Einwand, daß dieses Verlangen unbedingte Ablehnung erfahre. Sie haben selbst nicht an den Erfolg der deutschen Geschlossenheit geglaubt und sich wahrscheinlich im Stillen der angenehmen Hoffnung hingegeben, daß man sich zuguterletzt mit einer Aburteilung der Auszuliefernden vor einem deutschen Gericht zufrieden geben würde. Jetzt, nachdem dies eingetreten ist, nachdem ein Vorschlag der deutschen Regierung reiflos angenommen worden ist, erheben sie ein Mordgeschrei und sind nahe daran, die Regierung als Verräter an den deutschen „Selbst“ hinzustellen. Wir kennen diese Methode und werden uns durch sie in keiner Weise beeinflussen lassen. Das deutsche Volk und noch weniger die Regierung der Entente werden die Greifen und zulassen, daß wir von unserem Versprechen, das wir feierlich gegeben haben, abrüden. Wir waren bereit, die deutsche Ehre zu wahren, und sind es noch. Wir haben die Ausführung der sogenannten „Schmachparagrafen“ verhindert und werden auch in Zukunft nicht dulden, daß man deutsche Männer vor feindlichen Gerichten aburteilt. Ebenjowenig aber können wir dulden, daß lediglich aus Rücksicht auf eine Partei oder eine Gesellschaftsklasse die Bestrafung der wirklichen Kriegsverbrecher unterbleibt.

Die Mideutschen, die wieder einmal mit der „nationalen Ehre“ hausieren gehen, würden besser tun, mäuschenstill zu sein, denn sie waren es, die während 4½ Jahren teinerlei Rücksicht auf die Ehre des deutschen Volkes genommen haben. Für sie gilt heute immer noch das Wort unseres Genossen Scheidemann: „Wenn von der Ehre des deutschen Volkes geredet wird, dann haben Sie zu schweigen!“

Balfour über die Kriegsschädigung.

Balfour gab im englischen Unterhause bekannt, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auch von den besten Volkswirtschaftlern nicht vorausgesehen sei. Ueberdies habe Deutschland sich bereit erklärt, 5 Milliarden Pfd. St. zu bezahlen. Die Versailler Konferenz habe sich außerstande erklärt, die Entschädigungssumme festzulegen. Das Nachtragsprotokoll des Friedensvertrages bestimmt nämlich, daß Deutschland jederzeit innerhalb vier Monaten nach

Friedensschluß es freierher soll, Vorschläge zu machen, welche die Alliierten dann in Erwägung ziehen würden. Deutschland kann also eine Gesamtsumme anbieten, aber auch für einzelne Kategorien der Entschädigungspflicht Vorschläge machen. Deutschland darf auch das Anerbieten machen, der Wiederherstellungspflicht, soweit sie den Wiederaufbau betrifft, aus eigenen Mitteln nachzukommen. Balfour führte dann aus, daß die Alliierten Deutschland damit durchaus entgegengekommen seien, abgesehen davon, daß die Wiedergutmachungskommission eine Vorkontrolle zur gerechten Durchführung der Entschädigungspflichten sei.

Wilson und die Entente.

In einem Memorandum hat Wilson den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zurückziehung des Versailler Vertrages aus dem Senat erwägen könnten, wenn die Alliierten bei der Verfolgung ihrer Pläne weiterhin ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

In der Pariser Presse hat das Eingreifen Wilsons in die europäischen Angelegenheiten große Beunruhigung hervorgerufen. Um seine Stellungnahme erklärlich zu machen, geht man sogar so weit, verschiedene ärztliche Gutachten zu veröffentlichen, mit denen man den Nachweis zu erbringen versucht, daß Wilson geistig nicht völlig gesund sei!

Nach einer weiteren Meldung aus Paris soll Lord Grey Lloyd George dringend nahe gelegt haben, es zu keinem Bruch mit Amerika kommen zu lassen. Grey fürchtet nämlich, daß Amerika dann sofort seine großen finanziellen Forderungen an die Alliierten geltend machen könnte. Er wirkt deshalb in dem Sinn, den Bruch mit Amerika unter allen Umständen zu vermeiden.

In Washington selbst scheint alles drunter und drüber zu gehen. Im Weißen Haus wird, wie Reuter kablet, nachdrücklich in Abrede gestellt, daß Wilson gedroht habe, den Vertrag von Versailles und den amerikanisch-französischen Vertrag, aus dem Senat zurückzuziehen, wenn die abriatische Angelegenheit ohne Beiragung der Vereinigten Staaten geregelt wird.

Der Deserteur von Amerongen.

Die „Prestinformatio“ meldet aus London: Das Kabinett in London hat einstimmig den von Frankreich und England eingebrachten Antrag angenommen, der ein Verbot der Rückkehr des ehemaligen Kaisers und Kronprinzen für alle Zeiten ausspricht.

In Deutschland hat, abgesehen von den Deutschnationalen und einigen Einfallspindeln, niemand Sehnsucht danach, den Zämmerling jemals wieder zu sehen.

Die „Schuldigen am Frieden“.

Troelstra zur Auslieferung Wilhelms.

Einem Bericht des Pariser „Journal des Debats“ zufolge erklärte der holländische Genosse Troelstra in einer Volksversammlung in Amsterdam am 16. dem Verlangen der Entente nach Auslieferung des früheren Kaisers:

„Zwei Fragen drängen sich auf. Erstens: Wer ist für den Krieg verantwortlich? Dann aber auch: Wer ist für den Frieden verantwortlich?“

Holland gewährt Wilhelm von Hohenzollern Gastfreundschaft und deckt ihn mit seinem Asylrecht. Es wäre nicht angängig, daß das holländische Volk dieses Mannes wegen in Schwierigkeiten gerate. Sperrt man aber Wilhelm ein, dann muß man auch Clemenceau und Lloyd George einsperren, die für den Versailler Frieden verantwortlich sind. Wilson wird dann als deren Seel-Jorger amtierenden können...

Diese bittere Ironie des Genossen Troelstra hat insofern gewirkt, als die „Debats“ in diesen Worten einen Beweis dafür erblickten, daß er sich seit dem Kriege nicht „gebessert“ habe und noch immer „im Dienste des Preußentums und des Volksweltismus“ stehe.

Danzigs neue Verfassung.

Durch den Siegfrieden von Versailles ist Danzig freie Stadt geworden. Gegenwärtig ist ein Verfassungsausschuß an der Arbeit, um für den neuen Stadtstaat eine Verfassung im Entwurf aufzustellen, über den dann später die verfassunggebende Versammlung endgültig beschließen soll. Die spätere Volksvertretung soll die Bezeichnung „Volksstag“ führen und 120 Mitglieder zählen. Diese Zahl forderte bereits der sozialdemokratische Entwurf. Der Oberbürgermeister hatte 72 Volksvertreter vorgeschlagen. Die eigentliche Regierung, der Senat soll 20 Mitglieder und 2 Präsidenten erhalten. Von den jetzt vorgeschlagenen 20 Senatoren sollen 9 und der Präsident auf 6 Jahre gewählt werden, 11 Senatoren und der stellvertretende Präsident sollen bezüglich ihrer Amtsdauer der Entscheidung des Volkstages unterstellt sein. Das heißt, sie haben anscheinend keine bestimmte Amtsdauer auf Zeit, sondern sind abhängig vom Willen der Parteien. Die Mehrheit des Volkstages kann diese Senatoren einzeln oder gesamt jederzeit absetzen, wenn sie nicht mehr das Vertrauen des Volkstages haben. Gesetze erlangen nur Gültigkeit, wenn Volksstag und Senat zustimmen. Stimmt der Senat aber nicht zu und nimmt der Volksstag das Gesetz nochmals an, dann muß der Senat es verkünden, oder den Volkstagsentscheid anrufen.

Augenblicklich werden noch die Grundrechte beraten. Hierzu haben die demokratische und die sozialdemokratische Partei je einen Entwurf eingereicht. Von ganz rechts und von ganz links wurde in üblicher Uebereinstimmung eine berufskundliche Volksvertretung gewünscht. Von deutsch-nationaler Seite wollte man hierbei das Hauptgewicht, volkswirtschaftlich wie stets, auf das Großkapital legen. Die „Unabhängigen“ forderten, entgegen allen Denkertheilen ihres Oberheiligen Lenin, auch in Danzig die Macht der Arbeiterräte. Der Verfassungsausschuss stellte sich auf den Standpunkt, das praktische Verhängnis in diesen Vorschlägen anzunehmen. Es sollen deshalb Berufskundliche in allen Berufen werden, die das Recht erhalten, selbst Gesetzesentwürfe zu machen und Gesetzentwürfe zu begutachten. Auch soll ein Landesarbeiterrat errichtet werden, so daß der Danziger Arbeiterrat alle Vorteile der neuen deutschen Gesetzgebung gewahrt bleiben.

Kundgebungen in Saarbrücken.

Wie die „B. P. N.“ melden, traf die deutsche Delegation zur Grenzregulierung unerwartet am 14. Februar in Saarbrücken ein. Als die Delegation unter Führung des bayerischen Oberstleutnants v. Eylander nach dem Hotel fuhr, sammelte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, die nach und nach tauschend anrückte. Die Menge sang ununterbrochen vaterländische Lieder. In den folgenden Tagen wiederholten sich diese Kundgebungen, zu denen eine gewaltige Menschenmenge aus dem Saargebiet nach Saarbrücken zusammenströmte.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland.

Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeklärte Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland entschloß sich die deutsche Regierung, in Verhandlungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung, Herrn Wigdorkopp, einzutreten.

Der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ sind bis zum 13. Februar im ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte wickeln sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung ab. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen jetzt nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigsbitten und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen die Krankentransporte in besonderen Lazarettzügen.

Batum von den Engländern abermals aufgegeben.

Nach offizieller englischer Mitteilung ist die bisher in Batum befindliche britische Truppenabteilung nach Konstantinopel zurückgezogen worden. — Damit ist der wichtigste Hafen am Schwarzen Meer, von dem aus der Export der aus dem Kaukasus kommenden Produkte, insbesondere von Mineralprodukten, stattfindet, von den Engländern abermals aufgegeben worden. Der Druck von Seiten der englandfeindlichen islamischen und zum Teil auch bolschewistischen Bewegung muß demnach erneut angewachsen sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Dem Kanzler der deutschen Republik.“

Bei der von dem englischen Geschäftsträger der deutschen Regierung übergebenen Auslieferungsnote ist die Art bemerkenswert, in der die Note adressiert ist. Sie ist nämlich gerichtet an „Se. Excellenz dem Kanzler der deutschen Republik.“ Damit will die Entente offenbar die Doppelsinnigkeit des Wortes „empire“ vermeiden, das bekanntlich zu deutsch sowohl Reich, wie Kaiserreich bedeuten kann. Wenn die Entente uns diese kleine Spitze nicht erspart, so können wir ihr das nicht einmal libellieren. Die Sozialdemokratie hatte seinerzeit bereits im Verfassungsausschuß mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit verwiesen, das neue deutsche Reich als das zu bezeichnen, was es ist, nämlich als Republik. Leider überließen unsere Vertreter mit ihrer Zustimmung an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Schließlich wurde dadurch ein Ausgleich herbeigeführt, daß Artikel 1 klipp und klar ausspricht: das deutsche Reich ist eine Republik. Die Entente braucht sich also um unsere Staatsverfassung nicht allzu große Sorgen zu machen.

Das Gesetz für die Kriegsbeschädigten.

Das neue Versorgungsrecht für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bringt eine Vereinheitlichung der ganzen Gesetzgebung. Die Unterschiede zwischen Offizieren und Mannschaften fallen nämlich fort. Auch die Unterschiede zwischen Kriegsbeschädigten und Friedensdienstbeschädigten werden verschwinden. Berücksichtigt werden nur die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten des Beschädigten. Hiernach wird der Grad der Erwerbsfähigkeit ermaßen. Für die Hinterbliebenen ist der Grad der Erwerbsfähigkeit festzustellen. Frauen, und zu diesen sollen auch alle gerechnet werden, die Kinder haben, so gestellt werden, daß sie ihren Kindern erhalten bleiben und nicht gezwungen sind, einem Beruf nachzugehen. Für die Kriegsbeschädigten wird dann nach der Rechtsanspruch auf Heilbehandlung gegeben. Sie bekommen Rechtsansprüche auf Zuschüsse und orthopädische Hilfsmittel. Zwischen den einzelnen Organisationen besteht ein Unterschied in der Auffassung, ob für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Einkommensteuer gegeben soll, oder ob man den Beruf, die Kenntnisse und die Fähigkeiten des Betroffenen mit einschließen soll. Es scheint, als ob in dem Gesetz der letzte Grundzug zum Durchbruch kommen wird. Zu den Besätzen werden dann noch Dienstverpflichtungen gegeben, die dem Stande der Leistung entsprechen werden sollen.

Das Einkommensteuergesetz.

Der Entwurf des Nationalparlamentes begann Mittwoch die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes. Die §§ 1-10 wurden angenommen. Zu § 2 wurde ein demokratischer Antrag angenommen: Einkommensteuerverpflichtung für alle deutschen, wenn sie im deutschen Reich einen Wohnsitz oder den Erwerb wegen oder länger als sechs Monate ihren Aufenthalt haben. Wird die Steuerpflicht durch einen Aufenthalt vor mehr als 6 Monaten begründet, so erhebt sich die Steuerpflicht auch

auf die sechs Monate.“ Zu §§ 7 und 8 wurden ebenfalls zwei demokratische Anträge angenommen, die aber an dem Wesen der Bestimmungen nichts ändern.

Die schwebenden Reichsschulden.

Im Reichsfinanzministerium finden in diesen Tagen Besprechungen über die Frage der Behandlung unserer schwebenden Schulden statt. Mittwoch wurde diese Frage in der Valutakommission erörtert. Heute, Donnerstag, werden sich die Finanzminister der Einzelstaaten mit ihr beschäftigen. Die gesamte Reichsschuld ist vom Reichsfinanzminister für Ende März 1920 auf etwa 24 Milliarden Mark geschätzt worden. Davon werden ungefähr 95 bis 100 Milliarden Mark schwebende Schuld in Form von unrezinslichen Schatzanweisungen sein.

Die „Baltikumer“ in Pommern.

Der „Vorwärts“ hatte bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, daß ein großer Teil der zurückgezogenen Baltikumtruppen auf den verschiedensten Altersklassen Pommerns untergebracht worden sei, nachdem zahlreiche Landarbeiter, die sich der Agitation für die Landarbeiterorganisation „verbündet“ gemacht hatten, Knall und Fall erlitten worden waren. Der „Vorwärts“ berichtet ferner, daß diese Baltikumleute in voller Ausrüstung mit der Waffe spezialieren gingen und selbst erklärten, daß sie dazu da wären, bei der nächsten Revolution, die bald ausbrechen werde, die Herren zu schliessen. Jetzt zitiert unser Zentralorgan ein Flugblatt, das unter diesen Landarbeitern in schimmernder Wehr verteilt wird, und in dem es heißt:

„Die ehemaligen Angehörigen der Division müssen immer wieder daran erinnert werden, daß sie in Wahrheit nach wie vor Soldaten sind und als Arbeiter nur eine kürzere oder längere Gastrolle geben.“

„Zum Schluß mag noch auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen sein, daß wir uns streng davor hüten müssen, die letzten politischen Ziele, die uns vorstehen, in der Öffentlichkeit zu betonen.“

Danach scheinen die pommerschen Junker sich in aller Form auf eine Gegenrevolution vorzubereiten. Die Regierung gebe scharf Obacht.

Der Prozeß Helfferich-Erzberger.

Ein Kinodrama von unendlicher Länge tollt sich der Prozeß Helfferich in wechselnden Bildern ab. An einem Tage gelangt es Helfferich, Erzbergers Lebergeschäfte in ein recht ungünstiges Licht zu stellen, am anderen Tage kann Erzberger beweisen, daß alle Behauptungen Helfferichs über seine Beziehungen zu Geheimrat Strauß eitel Trausch und Klatsch sind. Das Endurteil bleibt vorbehalten. Am günstigsten steht Erzberger in Sachen Thypfen da. Trotz seiner engen, auch finanziellen Verbindung zu Thyssen hat er 1917 Politik geradezu gegen die Schwerindustrie zu treiben begonnen, und wenn er zuerst mit der Friedensresolution noch gewillt hat — Erzberger ist es bekanntlich gewesen, der öffentlich im Reichstage zu beweisen versuchte, daß der Brester Frieden genau der Friedensresolution entspräche — so ist er später immer bestimmter und klarer geworden und hat damit im kleinen Finger mehr Bestand bewiesen, als Helfferich in seinem ganzen Schädel hat. Im ganzen aber ist bisher Erzberger doch ein wenig bloßgestellt. Er hat seinen Einfluß als Abgeordneter zugunsten von Geschäften und Privatpersonen ausgenutzt und daraus selber Vorteile gezogen. Es gibt sehr wenige Abgeordnete in bürgerlichen Parteien, die das nie in der einen oder anderen Form getan hätten. Aber Erzberger hat es kleinlicher, ungeschickter und rücksichtsloser — so scheint es wenigstens bisher — als erlaubt ist. Er hat den Nachteil, die ganze Beamtenchaft gegen sich zu haben, deren obrigkeitstümliche Götlichkeit er antastete, und was dem Blutsfreund aus dem Korps oder der Partei auf einen leisen Wind hin mit Kopfnicken gewährt wurde, darüber hat Erzberger lange Reden gehalten und grobe Briefe schreiben müssen, welche von der Bureauplatte sorgfältig gesammelt wurden und jetzt von der geschäftigen Dreifachleber Helfferichs ausgespritzt werden. Ob Erzberger persönlich Minister bleiben kann, wird der Ausgang des Prozesses entscheiden. Die moralische Entrüstungspose Helfferichs war von vornherein ein nur auf Dumme wirkender Bluff.

Aus der Verhandlung am Dienstag tragen wir noch nach: Am weiteren Verlauf der Verhandlung wurde der Vollstimmige für öffentliche Sicherheit, Geheimrat Strauß, als Zeuge vernommen. Er erklärte, mit Erzberger in keinerlei geschäftlicher Beziehung gestanden zu haben. Er sei selbständig gewesen und dann in die Nachtrienabteilung des auswärtigen Amtes übergetreten. Wisse er nicht, ob Strauß, sondern nur die Polizei erhalte, das zu tun. Mit Grenzüberwachung habe er nichts zu tun. Er habe niemals seine dienstlichen Erfahrungen für seine Firma verwendet. Die Vernehmung des Herrn Wolff (Köln) ergibt ebenfalls nichts Belastendes für Erzberger, ebenso nicht die Aussage des Geheimrats v. Berger.

Es folgte der Fall Richter. Erzberger soll sich mit 40 000 Mark von 100 000 Mark an Richters Maschinenfabrik beteiligt haben, außerdem u. a. ein Herr van Koll. Dieser habe in einem Brief gesagt, er sei bereit, einen Beamten vom Reichsamt des Innern, der in dem Streit zwischen der Fabrik und dem Kriegsausschuß für Oese und Kette zu entscheiden habe, mit 3 Prozent zu beteiligen. Helfferich behauptet nun, Erzberger habe verlangt, daß das Eisenbahnministerium dem widerstrebenden Eisenbahnzentralamt nahelegte, bei Richter Bestellungen zu machen. Erzberger erkläre, daß er bei Richter Ueberseher in seinem Propagandabureau gewesen und habe nur 400 Mk. verdient. Er habe in Java sein Vermögen verloren und verfuhr, 1917 fette aus Holland einzufliegen, wobei er nach einem Brief an Erzberger 3 Prozent herbeibrachte. Erzberger machte ihm energische Vorhaltungen über diese Ungeheuerheit, beschloß sich aber. Als 1918 das Bureau ausgekauft wurde, machte van Koll in holländischen Einrichtungen. Auch da schrieb er an Erzberger von 3 Prozent. Dieser hat aber den Brief an Ministerialdirektor Müller weitergegeben. Er sagt, er habe ihn wohl nicht zu Erde gelesen, und der Vorliegende meint, die Weitergabe könne wegen des sonstigen wichtigen Inhalts erfolgt sein. van Koll befindet, daß nicht nur er, sondern auch Erzberger Geld an der Richter'schen Fabrik verloren habe. Ein Oberregierungsrat vom Eisenbahnzentralamt befindet, daß auf die Erteilung eines geringfügigen Auftrages an Richter Erzberger keinen Einfluß gehabt habe. Geheimrat Hoewel vom Eisenbahnministerium bezeugt, daß Erzberger als Staatssekretär dem Minister schrieb, man müsse Richter wenigstens Gehaltszeit geben, das von ihm erfindene Schloß für eine Weiche vorzurufen. Das ist denn auch geschehen, ohne daß Erzbergers Beteiligung an der Firma bekannt war. Richters Aussage brachte nichts Wesentliches.

Dr. Alsbach hielt schließlich noch Erzberger vor, daß er, entgegen seiner Aussage, mehrmals an Richter bei Koll teilgenommen habe. Für den eine 12-Zimmerwohnung requiriert worden sei. Es sollen der Richter und der Hausbesitzer als Zeugen geladen werden.

Amerikanische Kohle in Deutschland.

Die erste Sendung amerikanischer Kohlen im Umfang von 6640 Tonnen ist in Deutschland eingetroffen und als Wertes zur Verfügung gestellt worden. Zur Abdeckung der Kohlenschuld soll die Hälfte der mit ihnen erzeugten Energie zur Ausführung gelangen. Die andere Hälfte bleibt im Inland und kommt dem inländischen Bedarf zugute. Verhandlungen über die Ausführung weiterer 10 000 Tonnen zum gleichen Zwecke und unter gleichen Bedingungen sind in der Schwebe.

Charleville in Oepeln.

Aus Oberschlesien erfährt der „Vorwärts“: Die alliierte Kommission in Oberschlesien, deren Präsident der französische General Le Rond ist, verlangt von der Stadt Oepeln die sofortige Einrichtung eines Offizierskasinos, ausgestattet mit Silbergeschirr (1), gutem Porzellan und Leinwandzeug für 400 Personen. Vorausgesetzt, daß es überhaupt möglich ist, Silbergeschirr zu beschaffen, dürfte die Einrichtung dieses Kasinos nach sachmännlichen Urteilen zirka „600 000 Mark“ kosten. Die Einrichtung weiterer Kasinos ist ebenfalls befohlen. Bei einer hiesigen Möbelfabrik sind über 40 Schreibtische nur modernster Art beschafft worden, darunter eine Anzahl im Preise von 2000 Mark pro Stück.

Französische Generale in Oepeln, deutsche Generale in Charleville, — der Entente militarismus trägt genau die gleichen Züge wie der altpreussische, der doch nach Ententebehauptung einzig in seiner Art sein sollte!

Kleine politische Nachrichten.

Die Friedenskonferenz hat mit dem Entwurf des Friedensvertrages mit der Türkei begonnen.

Nachträglich wird aus Paris gemeldet, daß anlässlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Millerand bei dem deutschen Geschäftsträger, Minister Dr. Mayer, eine längere Unterredung über brennende Fragen stattfand.

Der Präsident der Wiederherstellungskommission, Senator Jonnat, trat, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, zurück. Im Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf über Arbeitergerichte in Vorbereitung, das auch für die Landarbeiter Geltung haben soll.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung ist nicht gewillt, die Verantwortung für den Gesetzentwurf über die Abfindung der Hohenzollern zu tragen. Sie hat einstimmig beschlossen, mit der Fraktion der Nationalversammlung in Verbindung zu treten, um zu prüfen, wie diese Frage reichsgesetzlich geregelt werden könnte.

Die „Leipziger Volkszeitung“, die vor 5 Wochen auf unbestimmte Zeit verboten wurde, darf von heute an wieder erscheinen.

Die „Enser Zeitung“ berichtet, daß dort ein 16-jähriger Seminarist Paul Rohrbach vermißt gewesen ist. Jetzt sei seinen Eltern eine Postkarte aus Algier zugegangen mit der Mitteilung, der Sohn sei in der Fremde verstorben.

Wie der „Bund“ erfährt, wird die Volksabstimmung der Schweiz über den Beitritt zum Völkerbund wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Die ungarische Nationalversammlung wurde in Budapest eröffnet.

Ein internationales Schiedsgericht in Paris erklärte die von den Gebrüdern Mannesmann in Marokko erworbenen Mineralkonzessionen für nichtig.

Für den Caillaux-Prozeß, der in Paris begonnen hat, rechnet man auf 50 Sitzungen.

Nach Mitteilungen des „Leitenden Pressebüros“ wurde auf den lettischen Ministerpräsidenten in Riga von einem jungen Mädchen ein Attentatsversuch gemacht. Im letzten Augenblick verfehlte ihm aber der Mut, den Schuß abzugeben. Das Attentat war von den lettischen Bolschewisten vorbereitet worden. Die Verschwörung wurde aufgedeckt.

Der Kopenhagener Korrespondent der „Morning Post“ schreibt seinem Blatte, daß O'Grady Friedensverhandlungen mit Litwina wolle führen, und daß die Verhandlungen gänzlich fortgeschrieben. Verschiedene wichtige Punkte seien bereits geordnet.

Genfer Plätkern zufolge beabsichtigt die Türkei, Magadonien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, daß Smyrna bei der Türkei verbleibe. Gentelas, der griechische Diktator, soll im Prinzip mit dem Vorschlag einverstanden sein.

Frankreich.

Poincares Abschiedsbotschaft.

In seiner Abschiedsbotschaft an Kammer und Senat stellt Poincare als politische Aufgabe in den Vordergrund: Die Wiederherstellung der Lage im Orient, den Ausbau des Völkerbundes zu einer lebenslänglichen Organisation, die tatsächliche Durchführung der Entwaffnung Deutschlands und seiner Verpflichtungen, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten; den Tatsachen ins Auge zu sehen und sich nicht mit Phrasen zu begnügen. „Für Franzosen heißt von Deutschland nichts zu fürchten. Es ist völlig in unseren Händen. Deutschland hat keine Flotte und keine Rohmaterialien. Deutschland stellt für Euch keine Gefahr mehr dar!“

Millerands Rücktrittsgesuch abgelehnt.

Millerand hat dem neuen Präsidenten die Demission des Kabinetts an. Deschanel nahm die Demission nicht an und hat, das Kabinett, im Amt zu bleiben. — Es handelt sich um eine leere Formalität.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 19. Februar.

Handeln, nicht reden!

Die Sozialdemokratie hat, wie keine zweite Partei in Deutschland erkannt, wie notwendig vom ersten Tage der Revolution ab, tatkräftiges Zugreifen war. Sonst wäre Deutschland nicht mehr. Sie übernahm den schmachträchtigen Zusammenbruch, den je weiter eines Staatswesens aufgehoben erhalten, sie sagte klar und deutlich, daß nur zielbewußte Arbeit uns retten könne. Die Parteien, die dieses schmachträchtige Erbe hinterließen, deren erste Pflicht es gewesen wäre, helfend einzugreifen, saßen nach der ersten Befürzung nur darauf hin, die Sozialdemokratie wieder aus dem Sattel zu heben, sich in die alte Machtstellung zu setzen und ihr riesigen Verbrechen zu verweisen. Da ihnen dieses nicht gelang, arbeitete sie nach Maulwurfsart an ihrem verderblichsten Werke weiter. Die „Lübeckischen Anzeigen“ haben darin eine Freigabe erlangt. Militärpartei und Großkapital wirken dort gemeinsam, einmal großschichtig, fahnenhospfischig brutal, das andere Mal feiner aufgezogen, hinterherum, aber deswegen nicht minder verlogen. In den Mittwochsabenden sind beide Spielarten vertreten. Die erste, ordinäre, haben wir bereits gestern gekennzeichnet. Wir müssen auch die zweite, im Abendblatt sich darstellende, mit einigen Strichen erwähnen. Dort heißt es:

„Die Revolution hat furchtbar gehaust und mit den Quellen unserer Kraft Raubbau getrieben, der sich jetzt furchtbar rächt. ... Wohl erfolgen teilweise Ansätze zur Besserung der Lage und gerade in den Kreisen der Gebildeten, die am meisten durch die Revolutionswirren in Mitleidenschaft gezogen waren. Der Großteil unserer Bevölkerung aber lebt, am Abgrund taumelnd, hilflos dahin, von Genug zu Genug lebend, tauschenden Vergnügungen nachgehend!“

In dem Verfasser vermuten wir sicher nicht mit Unrecht einen Vertreter von Lübecks Großhandel und -industrie, der wider besseres Wissen die Revolution für die Folgen der kaiserlichen Politik verantwortlich macht. Vertreter jener Kreise, die jahrzehntelange die Großmannschaft führten und mitverantwortlich sind. Es ist unheimlich, unehrlich, fahlsche Karten zu werfen, noch etwas anders ist es aber, im großen allgemeinen davon zu sprechen, daß die Gewerkschaften unter der Führung des „Königs“ betrachtet werden. Ganz gewiß gibt es arbeitsscheue Elemente. Aber wer nur auf diese „Könige“ angewiesen ist, der schaut so bald als möglich auf Arbeit zu bekommen, wenn solche zu erhalten ist.

Die arbeitsanfeuernenden Worte des Herrn St. sind ja wunderbar, aber man merkt doch, worauf sie hinauslaufen. Wenn von jener Seite von der „Arbeit als Quelle allen Reichtums“ gesprochen wird, dann liegt doch die Absicht zutage. Wie wäre es, wenn sich der Kritiker einmal weniger mit den Arbeitern und mehr mit jenen Kreisen beschäftigen würde, die dem arbeitenden Volke den Willen zur Tätigkeit durch wucherische Ausbeutung verderben! Den Warenvertreuer aller Art, die, wie wir am Mittwoch schrieben, jedes aufstrebende Wirtschaftsgewerbe sabotieren, die der Regierung jedes Hindernis bereiten, damit keine Stabilität plangreifen kann. Jene Kreise reden nicht lange, sie handeln, sie streichen Dividenden und müßelose Gewinne ein, die die Masse bezahlen muß. Dort ist das richtige Adressenverzeichnis, an das sich die Moralprediger halten müssen. Die Groß- und Schwerindustrie ist nicht befaßt, den durch sie Entbehrten Vorhaltungen über Rechte und Pflichten zu machen.

Die Fischer wollen weiter wuchern.

Die Zufuhr von Heringen für die Bevölkerung Lübecks ist trotz der anhaltenden Riesenfänge nicht sehr stark. Am Mittwoch morgen war in der Markthalle schnell ausverkauft. Am Nachmittag trafen allerdings noch frühe Sendungen ein, die den Geschäften zum Verkauf überwiesen wurden. Heute morgen war die Zufuhr etwas reichlicher. Immerhin standen noch viele Menschen in der Markthalle, die auf die nächste Sendung warteten, da bereits alles verkauft war. Ein Auto war unterwegs, um neue Ware von Travemünde heranzuschaffen. Anders war die Belieferung der Fischindustriellen Lübecks und Schlutup. Hier mußte zur Beschlagnahme ge-griffen werden, um die Fischindustrie zu verlorren. Die Fischer weigern sich, die Fische an die Räucher-fabrikanten für 80 Pfg. abzugeben. Herr Volkzeitart Sip-pert war gestern abend in Travemünde und beschlag-nahmte den Tagesfang von 188000 Pfund, die den Räucherfabrikanten und der hiesigen Bevölkerung zugeführt wurden. Die Ware war bereits teilweise verladen und sollte zum teuren Preise nach auswärts gehen.

Die Fischer haben beschlossen, an die Lübecker Bevölkerung die Fische für 80 Pfg. zu liefern, nicht aber an die Fischindustriellen. Sie haben weiter den Beschluß gefaßt, ihren Fang nicht in Travemünde, sondern in Niendorf abzulegen und von dort zu versenden. Von Niendorf traf heute auch die Meldung ein, daß dort Fische verladen würden. Darauf sind von der hiesigen Behörde sofort Gegenmaßnahmen ergriffen worden, um die Schiedung zu verhindern. Man hat sich nicht allein an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und an die Gutiner Behörde gewandt, sondern auch dem Staatsanwalt die Sache übergeben. Die Fischer wollen sich den Beschlüssen und Anordnungen des Landesverwaltungsamtes nicht fügen, sondern den Wucher weiter betreiben. Sie drohen sogar mit der Einstellung der Fischerei. Darauf ist ihnen gesagt worden, wenn sie diese Drohung durchführten, würde die Fischerei als lebenswichtiger Betrieb erklärt und der Reichswehr die Sache übergeben werden. Dem Reichswehrkommando in Schwerin ist bereits Mitteilung darüber zugegangen, so daß es die militärischen Vorbereitungen sofort treffen kann. Die Situation ist sehr ernst. Ein Konflikt mit den Fischern scheint unvermeidlich.

Wer verteuert das Leben?

Fast kein Tag vergeht, ohne daß neue Preiserhöhungen angekündigt werden. Die Geschäftsmacher wissen das Ganze immer gut zu beschleunigen und schließlich alle Schuld auf die Lohnerhöhungen zu schieben. Heute kommt wieder die Nachricht aus Leipzig, daß die Fabrikanten fertiger Möbel den seit Januar geltenden Teuerungszuschlag von 500 Prozent auf 1000 Prozent erhöhen, veranlaßt durch die zunehmende Knappheit des Materials, besonders an ausländischen Hölzern. Die Möbel-fabrikation ist wegen Holzmanns bereits teilweise ins Stocken geraten. Man rechne mit einer weiteren Verteuerung der Möbel. Heißt ein Geschäft. Die Lagerware macht sich bezahlt, denn zum Teil wird der Ausschlag auch auf die bereits existierende Ware verzeichnet. Wir können mit Beispielen dienen. Vor einigen Wochen bemühte sich ein Heiratstüftler bei einem Rakeburger Tischlermeister um eine Schlafstube-einrichtung. Sie stand da und kostete 3000 Mk. Kosten. Dem Manne war dies zu teuer. Nach 8 Tagen wollte er aber doch zugreifen. Und siehe da, jetzt kostete dieselbe Einrichtung 4500 Mk. Kosten. Was mag der ehrbare Tischlermeister nun nach der Anündigung aus Leipzig verlangen?

Ein anderer Fall: Die Papiermischfabrikanten kündigten vorige Woche eine hundertprozentige Preiserhöhung an. In einem hiesigen Geschäft mit erheblichem Lagerbestand wurden die Preise sofort um 50 Prozent erhöht. Aus dem Lager wird also ein ungeheurer Mehrerlös gezogen.

Noch ein niedliches Bild: Streichhölzer sind seit geraumer Zeit nicht mehr zu haben. Die Gründe hierfür haben wir mehrfach angegeben. Wären die Fabriken unschuldig sein, schuldig sind aber gewisse Händler, die den Werten beizutreten rufen und sich vorziehen. Es sind Streichhölzer vorhanden, doch reizt der Verdienst nicht mehr zum Verkauf. Und wenn die neuen Höchstpreise zu lange auf sich warten lassen, dann setzt man sie selber fest. Ein hiesiger Händler verkauft schon seit Tagen offen unter Umgehung des Höchstpreises das Paket zu 2,50 Mk., also um die Verteuerung von 1,20 Mk. Das lohnt sich besser. Das Publikum greift zu, um wenigstens etwas zu haben.

So wird's gemacht offen und geheim, jede Kaufmannsmoral ist zum Teufel! Die Großindustrie, die nur über die pflicht-vergessenen Arbeiter haubeln kann, kommt auch nicht zu kurz dabei. Wir wundern uns z. B., wo die teuren Schuhe herkommen. Schaut man sich das Ergebnis der Aachener Leder-fabrik an, dann finden wir trotz Kapitalverdoppelung (Gesamtwasserung) 2 1/2 Millionen Mark Ueberschuß und 40 Prozent Dividende. Bis die weiterverarbeitende Industrie und der Handel den Gewinn eingestrichen hat, kommt natürlich kein billiger Stiefel mehr heraus. Und so ist es bei allem. Auch in der Landwirtschaft. Aus Westfalen wird berichtet, daß der Sünderbecker Sommerwoog, der im vorigen Jahre für 56011 Mk. verpackt wurde, in diesem Jahre eine Packsumme von 217942 Mk. erzielt. Der Mann rechnet natürlich mit der automa-tisch fortwirkenden Preissteigerung und muß sich das Nötige durch Schiebungen verdienen. Unrealität wohin wir blicken, die uns auch zum größten Teil in die heutige verzweifelte Lage gebracht hat. Sie ist keine Folge der Revolution, wie die reaktionäre Presse täglich in die Welt schreit, sondern im und durch den Krieg gezeugt. Die rastlose Sucht nach Gelderwerb mußte das Volk durch Bewegung widerstandlos machen, und was die alte Regierung mit ihrem militärisch-kapitalistischen Apparat verschuldet hat, soll die heutige Regierung im Sandumdrehen wieder gutmachen können. Neben den Staatsverderbern von links trifft die Ganner von rechts die Hauptschuld.

Die Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes des Bezirks Lübeck tagte am 15. Februar in Lübeck in der Schmar-ten-Dult. Betreten waren mit Einschluß des Bezirks-Vorstan-

des, von 10 Zahlstellen 75 Delegierte. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1918 erstattete der Vorsitzende Kollege Reinhold. Er verwies zunächst darauf, daß infolge der durch den Krieg hervorgerufenen schlechten Verhältnisse die wirtschaftliche Lage sich nicht als befriedigend zu bezeichnen. Hier in Lübeck war während des ganzen Geschäftsjahres eine außerordentliche rege Bau-tätigkeit, welche sich daraus ergab, daß auch hier, gleich in anderen Orten Deutschlands, eine große Wohnbau- und Bauarbeiten. Schon längst hätte der Staat die Verpflichtung gehabt, auf diesem Gebiete helfend einzugreifen, wenn ihm nicht jegliches Verständnis dafür gefehlt hätte. So ergab sich denn auch für das Lübecker Parlament die zwingende Notwendigkeit, Gelder aus der Staats-kasse zu bewilligen, um Wohnungen zu bauen. Staatsbauten und Privatbauten, besonders aber Umbauten, wurden vorgenommen. Da nun auch die Industrie Lübecks anscheinend einen erfreulichen Aufschwung nimmt, ist wohl mit einiger Sicherheit zu behaupten, daß, wenn der Materialmangel sich nicht allzu sehr bemerkbar macht, die Hochbauarbeiter in den nächsten Jahren vor Arbeitslosigkeit geschützt sind. Die Agitation konnte im verflochtenen Ge-schäftsjahre mit außerordentlichem Erfolg betrieben werden. Speziell im Tiefbauergewerbe wirkte uns ein großes Arbeitsfeld. Daß wir nach dieser Seite hin keine Mühe und Arbeit gescheut haben, zeigt, daß uniere Mitgliederzahl von 893 am Schlusse des Jahres 1918, auf 2228 am Schlusse des Geschäftsjahres hinaufgegangen ist. Dann ging der Redner auf die Lohnbewegung über. Wenn schon in normalen Zeiten die Lohnbewegung für unseren Verband das Wichtigste war, so war es dieselse im verflochtenen Jahre in noch viel höherem Maße. Durch die Revolution wurde uns die acht-stündige Arbeitszeit müßelos in den Schoß geworfen, welches von der Arbeiterklasse nicht genug gewürdigt wird. Im Dezember 1918 betrug der Stundenlohn für gelernte Arbeiter 1,60 Mk., für un-gelehrte 1,50 Mk. und für Tiefbauarbeiter 1,30 Mk. Bei der Tarifier-erneuerung im April stieg dann der Lohn auf 2 Mk. für Gefellen und für die Hilfsarbeiter im Hoch- sowie im Tiefbau auf 1,90 Mk. die Stunde. Die andauernd und rapid steigenden Preise für Lebens-mittel und andere Bedarfsartikel zwangen uns, im Juni abse-rens eine Teuerungszulage zu fordern. Leider konnte diese be-rechtigte Forderung nicht auf dem friedlichen Wege erreicht werden. Es kam am 25. Juli zu einer Arbeitsniederlegung. Das Er-gbnis dieses 40tägigen Streiks war eine Erhöhung des Stun-denlohnes um 60 Pfg. Aber auch diese Zulage wurde durch die immer höher steigenden Preise für alle Bedarfsartikel bald über-holt, so daß am 11. Dezember eine obermalige Teuerungszulage von 10 Prozent durch zentrale Verhandlungen herausgeholt wurde. Zum Schluß wies der Redner die Frage auf, ob die Position der Bauarbeiter durch oder ohne den Reichstarif am besten gestärkt werden könne. Den Kassenbericht gab Kollege Reimer. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann beschloß man, ab 1. März einen Einheitswochenbeitrag von 1,40 Mk. für gelernte und ungelernete Arbeiter einzuführen. Ein Antrag der Zahlstelle Lübeck im Monat März einen Ertragsbeitrag von 6 Mk. pro Mitglied zu erheben, fand einstimmig Annahme. Beschlossen wurde ferner, der neuorganisierten Arbeitsbaugenossen-schaft aus lokalen Mitteln 300 Mk. für Anteilnahme zu überwei-sen. Nachdem dann noch die Neuwahl des Bezirksvorstandes vor-genommen wurden war, erfolgte Schluß der interessanten Ver-sammlung.

Verbot der Ausfuhr von Maschinen, elektrotechnischen Erzeug-nissen, Fahrzeugen. Eine Zusammenstellung der Waren dieses Abchnittes, deren Ausfuhr verboten ist, ist bei der Handelskammer eingegangen und liegt auf der Kanzlei der Handelskammer zur Einsicht an.

Strafkammer. Auf leichte Weise Geld verschaffen wollte sich der Handlungsgehilfe R. Er war auf dem Zählmeister-bureau des Agt. 84 beschäftigt und stahl hier ein Spardbuch. Zu-nächst stellte er einen Schein auf 100 Mk. aus und später einen auf 150 Mk. Beide gefälschten Scheine gab er bei Einkäufen in hiesigen Geschäften in Zahlung. Die Fälschung wurde erst nach der Ein-lösung von der Bank enttastet und die Sache somit um 250 Mk. ge-schädigt. Das Urteil lautete wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs auf 7 Monate Gefängnis. — Wegen Diebstahls re-sp. Hehlerei war der Klempner H. der Tapezier M., die Frau J. und die Witwe R. angeklagt. H. hat seinem Arbeit-geber Werkzeuge und sonstige Sachen von erheblichem Werte ge-stohlen, wobei R. und Frau J. ihm behilflich waren, während die Witwe R. wegen Beaufsichtigung des Diebstahls angeklagt ist. Die Beute wurde verkauft und das Geld gemeinsam in leichtsinniger Weise verjubelt. Das bide Ende folgte aber nach. H. erhielt wegen einfachen und schweren Diebstahls 10 Monate, R. wegen Beihilfe 2 Monate, Frau J. ebenfalls wegen Beihilfe 4 Monate und die Witwe R. wegen Beaufsichtigung 1 Monat Gefängnis. — Ein Pferd gestohlen zu haben wird den Arbeitern Bl., Bu., J. und S. zur Last gelegt. Bis auf Bu. sind alle vorbestraft. Das Pferd gehörte dem Händler B. und war in einem Stall um-welt der Dankwartsbrücke untergebracht. Mit einer Stange brach Bl. die Tür des Abends auf und holte das Pferd heraus, wäh-rend die übrigen Angeklagten, bis auf S., der überhaupt nicht an dem Diebstahl beteiligt sein will, auf der Dankwartsbrücke warteten. Die drei erstgenannten Angeklagten brachten dann das Tier zu einem Gastwirt in der Glockengießerstraße, um es diesem zu verkaufen. Bei dem Handel wurden sie erwischt und so konnte das Pferd dem Eigentümer zurückgegeben werden. Wäh-rend des Handels war auch der Angeklagte S. hinzugekommen und kam dadurch mit auf die Anklagebank. Bl. der Haupttäter, erhielt wegen Diebstahls 2 Jahre, Bu. wegen Beihilfe 3 Monate und J. wegen Hehlerei 6 Monate Gefängnis. S. wurde freige-sprochen. — Drei jugendliche Sünder, ein Arbeitsbursche und zwei Schulknaben, hatten sich wegen Diebstahls von alten Hosen und Röcken aus dem Lager der Firma M. in der Glocken-gießerstraße zu verantworten. Um den Diebstahl ausführen zu können, bestiegen sie eines Sonntags morgens das Dach des Nebenhauses, und gelangten auf diese Weise zu dem Lagerhaus von M. Hier öffneten sie ein Fenster und ließen sich an einer mitgebrachten Stange in den Lagerraum heruntergleiten. Dort füllte sich jeder einen Sack mit alten Kleidungsstücken, die sie an-gehtlich für sich selbst verwenden wollten. Bei dieser Arbeit wur-den sie durch das Hinzukommen einer anderen Person geföhrt. Sie verpackten sich daher und verließen erst gegen Abend mit ihrer Beute das Haus. Der jugendliche Arbeitsbursche erhielt 1 Monat und die beiden Schulknaben je eine Woche Gefängnis. — Ein a-haefemter Schwindler ist der vielfach vorbestrafte Tischler B. Der Angeklagte, der in Schwartau beschäftigt war, hatte in Erfahrung gebracht, daß der Dachdeckermeister R. in Lübeck für Herrn S. in Schwartau Arbeiten ausgeführt hatte. Er mel-dete sich bei R. als Bruder des S. und bat um die Ausstellung der Rechnung für die geleisteten Arbeiten. Diese Rechnung, die auf 622 Mk. lautete, ließ er sich von S. bezahlen und quittierte sie als Beauftragter des R., wofür er sich ausgeben hatte. Der Schwin-dler stellte sich bald heraus und S. übergab die Sache der Polizei, die den Schwindler ermittelte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und 600 Mk. Geldstrafe. Im Un-vermögensfälle tritt für je 15 März 1 Tag Zuchthaus.

Santa-Theater. Freitag wird zum Abschluß der Faschingszeit „Die Nalchingssee“ im Santa-Theater gegeben. Sonnabend kommt zum ersten Male „Gras Dakenichts“, die erfolgreiche Ope-rette von Jean Gilbert (Winterberg) zur Darstellung.

Travemünde. Volkshochschule. Diejenigen Hörer, die ihren Hörerausweis noch nicht in Empfang genommen haben, wer-den aufgefordert, denselben im Laufe dieser Woche von der Beför-derer abzuholen. Denn von nächster Woche ab hat niemand ohne Hörer-ausweis Zutritt.

Angrenzende Gebiete.

Samburg. Die Grippe nimmt einen epidemischen Charakter an. Da eine Meldepflicht nicht besteht, so ist ihr vollen Umfang nicht festzustellen. In der letzten Berichtswache wurden in den Krankenhäusern 217 Grippefälle behandelt, von denen 89 töd-lich verliefen.

Glenzburg. Das „Glenzburger Tageblatt“ ver-boten. Auf Grund einer unbedeutenden Notiz ist von der In-ternationalen Kommission das Erscheinen des „Glenzburger Tage-blatts“ auf acht Tage verboten worden. Die betreffende Notiz beschäftigte sich mit der Entfernung dänischer Agitationsplakate. Wilhelmshaven. Flucht gefangener Spartakisten. Die im Hochverratsprozeß Toern zu je 5 Jahren Festung verurteilten Spartakisten Weiland und Schneider sind aus der Festung Wil-helmshaven entwichen.

Neueste Nachrichten.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung.

II. Berlin, 19. Februar. Der Zusammentritt der Na-tionalversammlung hängt von den Arbeiten des Steueraus-schusses ab. Der endgültige Termin wird Ende dieser Woche festgesetzt werden. Es ist anzunehmen, daß es beim 24. Februar bleibt. Die Tagesordnung ist noch nicht festgesetzt.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

II. Berlin, 19. Februar. Wie der Berliner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ erfährt, wird der Oberstaatsanwalt Weigert heute aus Leipzig in Berlin eintreffen, um mit dem Reichsjustizminister Schiffer über das vor dem Reichsgericht schwebende Verfahren wegen der Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen sich auszusprechen und die Punkte klarzustellen, in denen Rückfragen notwendig sein dürften.

Ein polnischer Nachschwur.

III. Frankfurt a. M., 19. Februar. Der „Frankfurter Zeitung“ geht von ihrem Richterkrater eine Äußerung des polnischen Oberkommandierenden an der Westfront, des Generals Damborowski, zu, die wörtlich folgendermaßen lautet: „Wir werden nicht ruhig sein, wir werden uns nicht des Friedens erfreuen, solange nicht Deutschland völlig zerstört ist. Es bleibt unabweisbar seiner vorübergehenden Erniedrigung gleichsam wie eine ewige Drohung, die über Polen und über ganz Europa schwebt, und mit dem alten Cato schliche ich: Ceterum cense, Germaniam esse defendendam.“ (Im übrigen meine ich, daß Deutschland zerstört werden muß. Red.)

Hochverratsprozeß.

IV. Prag, 19. Februar. Gegen den ehemaligen deutsch-nationalen Abg. Wolf wurde wegen angeblichen Hochverrats, begangen durch eine Versammlungsrede, eine Unterjuchung ein-geleitet.

Die „Rote Hand“.

III. Wien, 19. Februar. Das „Deutsche Volksblatt“ meldet aus Mailand: Bei dem mit sieben Genossen bei seiner Landung in Neapel verhafteten Kommunistenführer Angelotti wurde ein vollständig ausgearbeiteter Plan für ein Attentat gegen sämtliche Staatsoberhäupter Europas gefunden. Die Namen der mit der Ausführung betrauten spanischen, italienischen, irischen und russischen Anarchisten sind in den Händen der Polizei. Es sind durchweg Mitglieder der „Roten Hand“.

Enthüllungen Lanjings?

II. Rotterdam, 19. Februar. Wie aus Paris berichtet wird, hat der Bruch zwischen Wilson und Lanjing ungeheures Auf-sehen erregt, besonders unter den Anhängern Clemenceaus. Man befürchtet Enthüllungen Lanjings über die Art, wie die Friedens-verhandlungen in Paris geführt wurden, und besonders über die Weise, wie die Zustimmung Wilsons in Fragen erreicht wurde, die seinem Programm widersprachen.

Das Schicksal der Türken.

II. Amsterdam, 19. Februar. Aus London wird gemel-det, daß die Konferenz zwei Sitzungen abgehalten habe. Der „Zeit Parisien“ will wissen, daß im Prinzip beschlossen worden sei, den Sultan in Konstantinopel zu belassen. Es wurden drei Kommissionen ernannt. Die eine soll die Grenzen Armeniens, die zweite die türkischen Finanzen in ihrer Beziehung zu den europäischen Interessen und die dritte die Entschädigungen bear-beitigen, die Griechenland, Smyrna wegen erhalten soll. Am Nach-mittag wurde beschlossen, den Vossarus und die Dardanellen unter internationale Kontrolle zu stellen.

Mit Tanks und Flugzeugen gegen den „tolken Mullah“.

II. London, 19. Februar. Die letzten aus dem Sudan und Abessinien eingetroffenen Meldungen bezeichnen die dortige Lage als sehr ernst. Der „tolke Mullah“ predigt im Sudan den „Heiligen Krieg“ im Namen des türkischen Sultans. Großbritannien und Italien haben eine gemeinsame Aktion zur Unter-drückung des Aufstandes vorbereitet. Indische und afrikanische Truppen mit Tanks und Flugzeugen wurden in Massena gelandet. Zweifellos hat die Möglichkeit, daß der Sultan und das Kalifat aus Konstantinopel vertrieben werden könnten, in der ganzen mohammedanischen Welt große Unruhe erregt, und die Ent-scheidung der Vorkonferenz in London, die das Verbleiben des Sultans am Goldenen Horn in Aussicht stellt, dürfte im Osten einen wesentlich beschwichtigenden Einfluß ausüben.

Keine Ratifikation in Amerika.

II. Washington, 19. Februar. Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, schwinden die Aussichten für die Ratifi-kation des Vertrages von Versailles von Tag zu Tag mehr. Die Affäre Lanjing isoliert den Präsidenten Wilson völlig, und er wird von seiner eigenen Partei preisgegeben. Obwohl die demokrati-schen Senatoren sich im allgemeinen einer Meinungszugewinnung über die Angelegenheit, welche das ganze Land in Aufregung setzt, ent-halten, sprechen sich alle in Privatunterhaltungen scharf gegen das autoritäre Verhalten des Präsidenten Wilsons aus. Der Staatssekretär Lanjing wird von nahezu allen Politikern ohne Unterschied der Partei, wie z. B. von dem früheren Präsidenten Taft und dem ehemaligen Staatssekretär Lane, unter-stützt. Die von dem republikanischen Senator Morris zum Aus-bruch gebrachte Ansicht, daß der Nervenspezialist, bei dem sich Prä-sident Wilson in Behandlung befand, zu früh entlassen wurde, scheint heute mehr oder weniger deutlich von der Mehrheit des Senates geteilt zu werden. Das Vorgehen des Präsidenten sprengt die seit langem nur noch offiziell bestehende demokratische Mehr-heit auseinander. Unter diesen Umständen ist das Schicksal des Friedensvertrages mehr und mehr gefährdet. Sollte auch ein Ein-verständnis erzielt werden, so wird sich Präsident Wilson weigern, zu unterzeichnen, und der Senat wird dann das Aufheben des Kriegszustandes mit Deutschland beschließen.

Briefkasten.

M. St. Sie hatten das Eingeladene nicht nur mit Weisheit, sondern unglücklicherweise auch noch beide Seiten, und sogar ziem-lich eng, beschrieben. Da sich einige sachliche Korrekturen not-wendig machten, war die Einsendung schließlich unleserlich ge-morden, zumal sich auch die Schrift selbst noch etwas verwirrt hatte. Einige billige Rücksicht auf die Augen unserer Leser müssen wir aber schon nehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich
Verleger: J. G. Schönbach, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Regierung Gut in, den 18. Februar 1920.
 und Landesvorstand.
 In Abereinstimmung mit den für Nordwestdeutschland (Oldenburg, Hannover, Mecklenburg, Lauenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck) getroffenen, den außerordentlich geliegenden Erzeugungskosten zur Verhütung eines Zusammenbruchs der Milch- und Fettversorgung der Bevölkerung angepaßten Milch- und Butterpreisen werden in Abänderung der Bekanntmachung vom 7. und 12. Januar ds. Jrs. auf Grund der in diesen Bekanntmachungen angezogenen reichsrechtlichen Bestimmungen für Milch und Butter folgende:

Preisbestimmungen für Milch und Butter
 getroffen:

- I für Milch:**
- a) **Erzeugerpreise:**
- für Vollmilch, die von dem Erzeuger an eine Privatmeierei (Eigentümer oder Pächter) oder an einen Milchhändler innerhalb der Provinz Lübeck geliefert wird, für 1 Liter frei Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungsort. **0,95 M.**
 In allen Fällen, in denen die Milch vom Abnehmer ab Stall oder von einer Abzweigstelle abgeholt wird, ermäßigt sich der Preis nach freier Vereinbarung zwischen Erzeuger und Abnehmer, er darf jedoch höchstens 0,90 M für das Liter betragen.
 - für Mager- und Buttermilch für 1 Liter frei Verladestelle oder frei Laden des Wiederverkäufers. **0,88 M.**
 Die Meiereien sind berechtigt, als Beihilfe für Transportkosten für das Liter und Kilometer $\frac{1}{4}$ in Rechnung zu stellen.
 Der Erzeugerpreis gilt nicht für den Verkauf unmittelbar an den Verbraucher, ebenso nicht für sagungsgemäße Lieferung von Milch durch Mitglieder gewerblicher Molkereien an diese, sofern sie in der Form von Genossenschafts-Molkereien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften betrieben werden, ferner nicht für Rücklieferung von Magermilch seitens gewerblicher Molkereien an die Milchzeuger und endlich nicht für besonders gewonnene oder bearbeitete Kinder- oder Krankenmilch.
- b) **Großhandelspreis:**
- für Milchlieferungen aus einer Molkerei an Verkaufsstellen in der Provinz Lübeck frei Laden des Abnehmers **1,05 M.**
 a) für 1 Liter Vollmilch **0,88 M.**
 - für Milchlieferungen an die Stadtgemeinden Hamburg, Altona, Wandsbek, Lübeck, Kiel und Berlin **1,05 M.**
 a) für 1 Liter Vollmilch **0,88 M.**
 b) für 1 Liter Mager- od. Buttermilch
- Die Molkereien sind berechtigt, für den Transport von der Molkerei bis zur Verladestelle oder wenn Lieferung durch Fuhrwerk frei Empfangsstelle des Abnehmers am Bestimmungsort erfolgt, pro Kilometer und Liter $\frac{1}{4}$ als Beihilfe für die Fuhrkosten in Rechnung zu stellen.
- c) **Kleinhandelspreise:**
- bei direktem Verkauf des Erzeugers oder bei Verkauf ab Meierei an Verbraucher **1,10 M.**
 a) für 1 Liter Vollmilch **0,45 M.**
 b) für 1 Liter Mager- oder Buttermilch
 - bei Verkauf ab Laden des Kleinhändlers **1,15 M.**
 a) für 1 Liter Vollmilch **0,50 M.**
 b) für 1 Liter Mager- oder Buttermilch
 - bei Verkauf einer Meierei oder eines Kleinhändlers ab Straßenwagen oder frei Wohnung des Verbrauchers **1,20 M.**
 a) für 1 Liter Vollmilch **0,55 M.**
 b) für 1 Liter Mager- oder Buttermilch
- Die Preise zu 2 und 3 dürfen nur von Vertrieben gefordert werden, die schon vor dem 10. Januar 1920 eingerichtet waren. Ausnahme: sind nur mit Genehmigung des Landesvorstandes zulässig.
- II für Butter:**
- a) **Großhandelspreis:**
- für Meiereibutter (Handelsware I) für 100 Pfund ausschließlich Zölle. **980,- M.**
 Die Meiereien sind berechtigt, bei Abgabe von Butter an Verkaufsstellen die Verpackung mit 20 M für den Zentner zu berechnen.
 - für Landbutter (Bauernbutter) frei Sammelstelle des Abnehmers für 1 Pfund **8,80 M.**
- b) **Kleinhandelspreise:**
- für Meiereibutter (Handelsware I) und Landbutter für 1 Pfund **10,65 M.**
 Als Kleinhandel gilt der Verkauf an Butterverbraucher.
 Der Kleinhandelspreis gilt auch beim Verkauf durch den Fernhändler, wenn er mit Zustimmung des Landesvorstandes Butter auf Butterverbrauchsbuch abgibt.

Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes; sämtliche Preise gelten einschließlich Umsatzsteuer für Leistung vom 18. Februar 1920 an. Heberichtigungen dieser Höchstpreise werden auf Grund der Verordnung gegen Preisverbreiter vom 8. Mai 1918 mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.
 (1920) **Wilms.**

Lübder Wohlfahrtsipende.

Die erste Verteilung findet statt:
 am Freitag, dem 20. Febr. von 10-11 Uhr die mit A.B.C.D.
 am Sonnabend, d. 21. von 4-6 E.F.G.
 am Montag, dem 22. von 10-11 H.I.K.
 von 4-6 L.M.N.
 am Dienstag, d. 23. von 10-11 O.P.Q.
 von 4-6 R.S.T.
 am Dienstag, d. 24. von 10-11 U.V.
 von 4-6 W.Z.

Beginnenden Zusammenkunft 19. Zimmer 1.
 (1920)

Die städtische und die vorstädtische Brand-Versicherungsgesellschaft zahlen wegen entsprechend erhöhte Prämie für Brandschäden an Gebäuden, die vor dem 1. Mai 1917 taxiert worden sind, eine gegen die Lage um 500 % erhöhte Entschädigung. Auf Antrag eines Versicherten kann eine weitere Erhöhung der Entschädigungssumme vereinbart werden, gegen Zahlung eines weiteren außerordentlichen Prämienzuschlags. Darauf wird mit Rücksicht auf die inwärtigen eingetretene Erhöhung der Prämien nochmals aufmerksam gemacht.
 (1920) **Lübeck, d. 18. Febr. 1920 Die Steuerbehörde.**

Junges Mädchen sucht Heimarbeit oder schriftl. Arbeit im Hause. (19214) **Schnoor, Engelsarube 25, I.**

Sonnige 2-Zimmer-Wohnung mit Gas in der Stadt gegen andere zu tauschen gesucht. **Anna, unt. B.G.a. d. Gr. d. W.**

Zu verk. große Bohnen zum Pflanzen. (19221) **Karpfenstr. 27 a.**

Zu verkaufen eine Kinderbeistelle. (19218) **Klappenstraße 10 a.**

2 jeder betr. L.-Lad. 36 40 41. a. vert. Glorstr. 10 a.

Zu verk. eine ein. Bettstelle mit 2 Matrasen. Pr. 30 Mk. (19242) **Klappenstr. 23, I.**

Ein Paar Winterräder, Gr. 30 gegen 27 zu verk. **Knefeld, Am Kirchhof 5.**

Grüne Jungl.-Vodensoppe für 18jähr. gegen 16jähr. zu verkaufen. (19200) **Johannisstr. 46, I. f.**

Altes Blei, Kupfer u. a. Met. uel. **Fleischhauerstr. 26, n.**

2 Bettstellen, auch ein Kleiderschr., Teppich zu kaufen. **Anna, unt. E. S. a. d. Gr.**

Zu kaufen gesucht gut erw. Konfirmanden-Anzug. **Anna, unt. G. P. a. d. Gr. d. W. (19241)**

Ed. D. u. D. Maskenfestume zum (19213) **Klappenstr. 14 a 1**

yl. Damen-Maskenanzug zu vermieten. (19238) **Panger Fohbera 17, II.**

Spezialwagen u. Kinderfahrb. werden lauber angefertigt. (19224) **Waisenhoffstr. 35, II. f.**

Visitenkarten
 fertigt an **Friedr. Meyer & Co.**

Transportarb.-Verb.
 Ortsverwaltung Lübeck.

Die Streikunterstützung für die in der Automobilbranche beschäftigten Kollegen wird am Sonntag, dem 22. Februar, morgens von 9 bis 11 Uhr, in unserem Bureau, Johannisstr. 43, II., ausbezahlt. Mitgliedsbuch und Streikkarten sind bis zum Sonnabend mittag im Bureau abzugeben.
 (1920) **D. O.**

Hoyflänke
 mit **BRUN**
 dem leicht befeuchtend **Gottgott**
 5-fach stark gewürzt mit Rohschinken-Zutaten. **Wachung, eine für anscheinend 20. 375. Verpackung 20. 6 nur in richtigen Sorten in Apotheken und Drogerien.**

Hühneraugen, Balle, Hornhaut, Warzen
 werden schmerzlos, sicher und schnell beseitigt durch **Bilz Hühneraugensalbe**
 Folie 8 - 11. - Versand: Grüne Apotheke Gr. Markt.

Plattinische Verein „Eck“, Lübeck.
 Morgen, Freitag, den 20. Februar 1920:
23. Gründungsfier
 in't Kolosseum. Anfang Klock 1/2 7.
 (19240) **De Vörstand.**

Die Stücke der bei uns gezeichneten **Spar-Prämien-Anleihe** ab heute liegen zur Abholung bereit.
Vorschub- u. Spar-Vereins-Bank in Lübeck
 (19212)

Kleine Anzeigen
 im „Lübecker Volksboten“
 bei denen Käufer und Verkäufer innerhalb der werktätigen Bevölkerung zu suchen sind, werden vormittags bis 10 Uhr in unserer Geschäftsstelle Johannisstraße 46 entgegengenommen und haben bestimmt großen Erfolg!

Kopfläuse
 nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben bei **Fr. Kröger**, eidigt Kammerdiener, **Alfstr. 3, I.**

Einmaliges Angebot!
Preiswerte Ledersohlen!
 Durch Zufall biete so lange Vorrat reicht an: (19229) **1 Paar Sohlen Sorte A M. 9 B M. 19**
Sorte B Prima Leder [Z E. Söldner Agenturen Abt. D] Altona, Gimsbüttelerstr. 128

Alle Arbeiter
 kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (19204) **Otto Albers**
 Markt 4 Kohl. 10
 Hgl. d. R.-Sparv. Cabeca

Bilderleisten
 einrahmungen **Oscar Tauchnitz, Glashölg. Fleischhauerstr. 35. Firm. 28/9**

Gemüsetrauben
 Aufzucht 3. Gemüsetrauben empfiehlt **Scheim & Wegs**, (19240) **Wienstraße 10**

Stadthallen
 Lichtspiele
 Mühlentorstr. 13
 Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz

Nur noch 2 Tage:
Ich lasse Dich nicht!
 5 Akte nach dem gleichnamigen Roman von **H. Courths-Mahler.**

Die Tragödie einer Intrigantin
 Eine Glashaustragödie in 6 Akten. Nach einem Manuskript von **H. Gaus.**

Eva, wo bist Du?
 Lustspiel in 3 Akten. (19228)
 Aufführungszeiten von 4-7 Uhr, 7-10 Uhr.

FLEDERMAUS
 Kabarett-Diele Fünshausen 17/19
 Abends 8 bis 12 Uhr: (19217)

Hedges und Biller,
 das berühmte Tanzpaar
LABERO
 das Weltratsel **Paul Przybillak**
 der Weltmeister auf Rollschuhen

Und die übrigen 7 Attraktionen des grandiosen Februar-Programmes!
 2 Orchester: **Dirig. H. Eivers u. W. Schwenk.**
4-Uhr-TEE Auftreten der Künstler bei freiem Eintritt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Lübeck.
Versammlung
 der **Bautlempner**
 am Freitag, dem 20. Februar abends 7 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus**. (19288) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarb.-Verb.
 Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
 der **Laffdiarbeiter**
 am Freitag, 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**. Tagesordnung: **Bekanntgabe des Schiedspruches**
 Vollständiges Erscheinen der Kollegen ist notwendig. (19286) Die Ortsverwaltung.
 Für den Bezirk Döllingtor-Str. 6, einschl. Mösting und Genin, suchen wir sofort einen **Einlieferer**. Meldung bis Sonnabend, den 21. Febr. im Bureau. **D. O.**

Arbeiter-Bildungsverein.
Versammlung
 am 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**.

Vortrag
 des Herrn **Planthafer**: Einführung in das Verhältniss arabisch. Kunstwerke (Schrift, Radierung u. Steinzeichnung). Mit Proben. Gäste willkommen. (19209) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater
 19210
 Donnerstag: **Wo die Lerche singt.**
 Freitag: **Die Faschingsfee.**
 Sonnabend: **Zum ersten Male. Graf Habenichts.**
 Operette v. R. Winterberg.

Stadttheater Lübeck
 (19208)
 Donnerstag, d. 19. Februar: **Zum letzten Male!**
 Anfang 7 Uhr.
Judith.
 Tragödie in 5 Akten von Fr. von Hebbel.
 Freitag, den 20. Februar: 21. Vorstellung im Freitag-Abonnement:
 Einmaliges Gastspiel von **Adolf Trimbörn**, vom Carl-Schulze-Theater in Hamburg.

Traviata.
 Alfred: **Adolf Trimbörn** als Gast.
 Sonnabend, den 21. Febr.: **Der Graf von Luxemburg.**
 Sonntag, den 22. Februar: Anfang 11 Uhr
Tanzvorstellung: Neue Tänze.
 Anfang 3 Uhr:
 Veranstaltung der Plattinischen Volksgill.
Wrack.
 Anfang 7 Uhr:
Der Freischütz.

Die Blockade als Grund der Verkehrsnot.

O. K. Der Zusammenbruch unseres Verkehrswezens ist uns überraschend gekommen, und man hat vielfach versucht, die Revolution und die Bedingungen des Waffenstillstandes dafür verantwortlich zu machen. Daß aber die Blockade die allererste und oberste Ursache des Zusammenbruchs des innerdeutschen Verkehrs gewesen ist, das beweist Prof. E. Tiesien in einem bedeutsamen Aufsatz der bei Julius Springer in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Werft und Reederei“. Hungersnot und Verkehrsnot sind aus derselben Wurzel entstanden, und die letzte Auswirkung der Hungerblockade war die Erschließung des Eisenbahnverkehrs, die wieder durch den Niedergang der See- und Binnenschifffahrt hervorgerufen wurde. Die deutsche Einfuhr wurde durch die Blockade bis auf einen kleinen Rest plötzlich zum Stillstand gebracht, und da die durch den Seeverkehr hereingelassenen Waren mindestens zwei Drittel der gesamten Einfuhr betragen hatten, da die Landausfuhr aus den feindlichen Ländern völlig ausfiel und aus den wenigen neutralen Ländern stark behindert wurde, so mußte Deutschland immer mehr aus eigener Produktion leben, und um so gewaltiger mußten die Ansprüche an die inneren Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Binnengewässerstraßen, werden. Nunmehr aber rächte sich bitter die Vernachlässigung im Ausbau des Wasserstraßennetzes, die man vor dem Kriege geduldet hatte. Der inländische Wasserverkehr war hauptsächlich auf die Zusammenarbeit mit dem Seeverkehr eingestellt gewesen und wurde daher von der fast völligen Lähmung des Seeverkehrs am stärksten betroffen. Da die Kriegsschauplätze im Westen und Osten lagen und die Natur nun einmal unsere deutschen Ströme fast sämtlich in der Richtung von Süd nach Nord fließen läßt, so kamen die Wasserstraßen kaum in Betracht, und der Verkehr in diesen Richtungen fiel fast ausschließlich auf die Eisenbahnen. Es wäre nicht nur eine wirtschaftliche und strategische Tat ersten Ranges, nein, einfach die Erfüllung eines elementaren Lebensbedürfnisses unseres Vaterlandes gewesen, wenn die Querverbindungen, für die von der Natur nur wenig gesorgt war, mit aller Tatkraft verbessert und ergänzt worden wären. Da aber die beiden wichtigsten Glieder, zur Verbindung Ost- und Westdeutschlands der Mittel- und Kanal und zu der des Niederrhein- und Saargebietes eine wirklich schiffbare Mosel, fehlten, so lebte und starb der Wasserstraßenverkehr mit dem Seeverkehr, und trotz mancher Versuche während des Krieges konnte diese Unterlassungsünde nicht gut gemacht werden. Dabei sind die natürlichen Grundbedingungen für die Schaffung eines leistungsfähigen Kanalnetzes innerhalb der Norddeutschen Tiefebene von der Ostgrenze bis zum Rhein, mit den Verhältnissen anderer Länder verlickhen, hervorragend günstig. Aber man hatte eben den Binnengewässerstraßen in ihrer Bedeutung für den Transport und damit für das Dasein unseres Volkes nicht die genügende Aufmerksamkeit zugewandt. Ueberhaupt waren die volkswirtschaftlichen Sorgen vor dem Kriege ja fast ausschließlich auf die Beschaffung von Rohstoffen eingestellt. Daß die Beförderung dieser Rohstoffe nach dem Bedarfsort ebenso wichtig ist wie ihre Erzeugung, das haben wir erst jetzt alle schmerzhaft am eigenen Leibe erfahren und damit die ungeheure Bedeutung der Transportverhältnisse erkannt. Die Eisenbahnen, die in der früheren Verkehrspolitik allein ausgebaut worden waren, mußten nun die durch die Blockade hervorgerufene ungeheure Mehrbelastung allein aushalten, und es läßt sich statistisch nachweisen, daß die Anforderungen infolge der gesteigerten Kriegsindustrie und Heeresversorgung immer gewaltiger wurden und notwendig zu einem Zusammenbruch führen mußten. Da die Blockade der Grund unserer Verkehrsnot ist, so kann die Verkehrsnot auch nur durch die Wiederaufrichtung des Seeverkehrs gehoben werden. Vor allem aber ist notwendig, daß man die Wichtigkeit der Binnengewässerstraßen mehr als bisher erkennt und sie als das unentbehrliche Bindeglied zwischen den Eisenbahnen und dem Seeverkehr ausnützt. Daher ist der Bau des Mittelkanals, der die Klüft zwischen den östlichen und westlichen Wasserstraßen überbrückt, die dringlichste Aufgabe des heutigen Verkehrswezens, und überhaupt muß der Binnengewässerverkehr planmäßig gefördert, ein geordnetes Zusammenwirken von Eisenbahnen und Wasserstraßen herbeigeführt werden. Unsere Seehäfen müssen zunächst in der

Weise behandelt werden, daß eine möglichst starke Ausnutzung der Binnengewässerstraßen gewährleistet ist, und wenn dann der Seeverkehr wieder in größerem Maße einsetzt, muß eine harmonische Verknüpfung und Zusammenarbeit der drei großen Verkehrsgruppen in einem Grade erreicht werden, wie es früher aus einer Anzahl von Gründen niemals der Fall gewesen ist.

Ordnung, Freiheit, Empörung.

(Eine Erinnerung an Richard Dehmel.)

Man schreibt uns: Wenige Menschen werden Richard Dehmel, den jüngst verstorbenen Dichter, als Redner gekannt haben. Und doch hat er ein Jahr vor seinem Hinscheiden eine Rede gehalten, die sicher auf alle Zuhörer tiefsten Eindruck gemacht hat. Es war am 5. Januar 1919. Geistige Kreise hatten im Theater der Freien Volksbühne zu Berlin eine Revolutionsfeier veranstaltet, die Festrede war Richard Dehmel übertragen worden.

Dehmel trug mit klarer ausdrucksvoller Stimme tiefe Gedanken vor, die weit über die Tagespolitik hinausliefen. Zwei Mächte — das war der Grundgedanke seiner Rede — streiten im Völkerleben gegeneinander: der Geist der Ordnung und der Geist der Freiheit. Keine der beiden Mächte, so sehr sie sich auch befähigen, ist allein daseinsberechtigt. Die Ordnung darf nicht die Freiheit vergewaltigen, die Freiheit nicht alle Ordnung auflösen. Und damit dies nicht geschehe, waltet über diesen beiden Kräften eine dritte: der Geist der Empörung. Er wird wachgerufen, wenn die Ordnung die Freiheit, aber auch wenn die Freiheit die Ordnung vergewaltigt. Der Geist der Empörung, der in den Menschen lebt, stellt immer wieder das notwendige Gleichmaß zwischen Freiheit und Ordnung her. Er ist in dem Kampfe zwischen Freiheit und Ordnung die richtende, schöpferische Kraft.

In diesem Sinne weihte Richard Dehmel das Revolutionsfest dem Geiste der Empörung.

Als Dehmel so sprach, dachte er wohl in erster Linie an die vergangenen Tage, in denen der Geist der Empörung der unterdrückten Freiheit gegen die Ordnung Recht geschaffen hatte. Aber schneller, als wohl ein Mensch auf jener Höhe ahnte, sollte der Geist der Empörung auch im gegenteiligen Sinne wirken. Am Abend des gleichen Tages, an dem die Feier stattfand, brach in Berlin der Spartakusputsch aus, der die letzten Reste der Ordnung in Trümmer zu schlagen suchte. Gegen dieses Unterfangen empörten sich weite Kreise zur Aufrechterhaltung derjenigen Ordnung, ohne die die Menschheit nicht leben kann, laten sich entschlossene Männer zusammen. Vor dem Reichstagspalast sammelten sich ungeheure Menschenmassen zum Schutze der Regierung. Der Geist der Empörung trat für die Ordnung ein und stellte das erschütterte Gleichgewicht wieder her.

So wurden Dehmels lehrerliche Worte noch am selben Tage Wahrheit. Die aber damals die Ordnung schützten, haben in seinem Geiste gehandelt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 19. Februar.

Neue Preiserhöhungen.

Die „Brandstifter“ neuen schlechten Zeiten entgehen, denn die Streichhölzer sollen um das Drei- und Vierfache erhöht werden. In Streichhölzern herrscht überall große Not. Nur Schieber- und Schleichhändler haben vorgesorgt und diese werden ihre ehrbaren Gewerbe nächstens wieder besohnt sehen. Die Zurückhaltung der Ware rentiert sich. Da Deutschland nur 60 Prozent des Bedarfs infolge Rohstoffnot herstellen kann, gehen monatlich 25-30 Millionen Mark allein für Streichhölzer nach Schweden. Großer Mangel herrscht in der Zündholzindustrie auch an passenden Hölzern. Früher wurde hauptsächlich Eschenholz zur Fabrikation verwendet, da aber weder aus Polen noch aus Rußland diese Holzart eingeführt wird, hat man auf die in den inländischen Wäldern häufig vorkommenden Hölzer zurückgreifen müssen. Es wird deshalb zur Herstellung von Zündhölzern jetzt jedes nur irgendwie brauchbare Holz verwendet. Die Verwendung von guten Hölzern hat natürlich die Herstellung der Zündhölzer ungeheuer verteuert. Vor dem Kriege kostete beispielsweise der Raum-

meter Holz etwa 30 bis 35 Mark, jetzt muß 750 bis 800 Mark dafür bezahlt werden. Hinzu kommt noch eine ungeheure Preissteigerung für Chemikalien, wie Paraffin, Chromsaures Kali, Schwefel und Leim. Die Preise für diese Waren haben eine Erhöhung um das Zweifache bis Dreifache gegen früher erfahren und noch ist kein Ende in der Preissteigerung abzusehen.

Auch die Preise für die Auslandszündhölzer sind infolge der ungünstigen Valuta derart gestiegen, daß ein Paket schwedischer Zündhölzer jetzt nur noch zum Preise von etwa 8 bis 7 Mark für zehn Schachteln an den Verbraucher abgegeben werden könnte. Die Regierung hat mit den führenden Verbänden der deutschen Zündholzindustrie vereinbart, daß in Zukunft für in- und ausländische Zündhölzer ein mittlerer Preis festgelegt werden soll, der sich etwa auf 3 bis 5 Mark stellt. Eine Verordnung, die den neuen Preis festsetzt, dürfte in einigen Tagen erfolgen.

Eine weitere Preiserhöhung wird für Kaffee-Erbsen mitteil angekündigt. Sie soll bereits am 20. Februar in Kraft treten. Mit dem Saft wird es auch nicht lange auf sich warten lassen, da die Salinierverbände die Preise erhöht haben. So geht es in einem fort, dem Arbeiter aber geht es nach den „Lübecker Angelegenheiten“ dabei kaum wohl!

Am der Sparsamkeit der Gemeinnützigen Brodenaktion sind fast 400 Kinder beteiligt, von denen fast 40 ein festes Sparkonto der Kommerzbank erworben. Die durch das Sammeln von Altmaterial bis zum 15. Februar von den Kindern erparte Summe betrug rund 1000 Mark. Sie erhalten für aufgelistetes Sammelgut den jeweiligen Marktpreis nicht in bar, sondern in Sparsmarken, die in ein Sammelbuch einzukleben sind. Weist dieses Sammelbuch einen Betrag von 5 Mk. nach, dann wird die Einrichtung eines Bankkontos veranlaßt, das bis zum 1. Dezember des laufenden Jahres gesperrt bleibt. Der Gewinn, der aus dem Verkauf des Altmaterials erzielt werden kann, soll für die Konfirmationsauskleidung verwendet werden.

Ein Mahnwort aus dem Grabe.

Die katastrophale Wirtschaftslage droht vielfach auch der Arbeiterpresse verhängnisvoll zu werden. Sie, die auf ein zahlungsschwaches Publikum angewiesen ist, kann in der Erhöhung der Abonnementspreise nicht mit der Verteuerung des Papiers und der Druckkosten Schritt halten. Vielfach muß der Umfang eingeschränkt werden, und so als letztes Ausnahmsmittel doch der Preis erhöht wird, da droht ein Abfall der Leser, die zu irgendeinem bürgerlichen Nahrungsmittel greifen, das zwar nährlich inaktios, aber ein paar Groschen billiger ist. Mögen in dieser Situation von der Arbeiterschaft die Worte beherzigt werden, die einst Wilhelm Liebknecht gesprochen hat:

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Anechtung bestimmten Presse, die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügen. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, berechtigt einen geistigen Selbstmord einzuzeichnen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Anechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Diese Worte sind heute von erhöhter Bedeutung. Erst in jüngster Zeit ist wieder nachgewiesen worden, wie mehr und mehr sich das Kapital der Schwerindustrie der bürgerlichen Presse bemächtigt.

Die Verzeichnisse der Volkshilfskassen bei den Volkshilfsämtern im Reichs-Postgebiet werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1920 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Volkshilfsämter entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Volkshilfskassen erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Volkshilfsamt unter Abbuchung des Preises, auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Volkshilfsamt sichern.

Lübecker Wohlfahrtspende. Die erste Verteilung für unsere alten Männer und Frauen findet nunmehr statt und beginnt am Freitag vormittag um 10 Uhr im Hause Königstraße 19, Zimmer 1. Wir verweisen auf das heutige Inserat und empfehlen jedem, der für diese Verteilung vorgemerkt ist, einen Ausweis mitzubringen. Die Spende wird in Gutscheinen ausgeben, für welche man Geld, Lebensmittel, Kleidungsstücke und sonst notwendige Sachen erhalten kann.

Wohltätigkeitsveranstaltung in der „Fledermaus“. Am Mittwoch, dem 25. Februar veranstaltet die „Fledermaus“ (Direktion Herr S. Todd) einen Wohltätigkeitsnachmittag zum Besten unserer vor dem Burgtor in Lazarett liegenden zur U-

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Kompert.
16. Fortsetzung.

„Ob er schon einmal ein ganz großes Haus gebaut hat?“ meinte sie, wie aus einem Traume sprechend.

„Wer?“

„Christian!“

„Wie kommst du gerade auf ihn zu denken?“

„Ich muß dran denken, daß er mir als Kind versprochen hat, wenn er einmal groß und sein eigener Herr sein wird, wie er da für mich und für sich ein Haus bauen will!“

„Wie kann man an solche Karreteien denken,“ sagte Sarah streng, „wenn man gerade am Sterbeteibe für Channe Klattauer sitzt?“

Ein leises Klopfen an die Fensterscheiben unterbrach ihre fernere Rede.

„Mutter, er ist!“ rief Lea überlaut und sprang zum Fenster.

„Wer, um Gotteswillen?“

„Christian!“

Warum zuckten Todeschauern durch die Glieder Sarahs, warum fühlte sie sich bis in das Innerste ihres Welens beim Klang dieses Namens erschüttert?

„Geh' hinaus,“ sagte sie nach einer Weile, „und seh', ob er's ist. Wenn Christian es ist, so führ' ihn still herein, daß der Vater nicht aufwacht.“

Und er war es, der jetzt Hand in Hand mit Lea in die Stube trat.

„Christian!“ rief Sarah in gedämpftem Tone, indem sie auf die Kammer wies, worin Wolf, ihr Mann lag, „du hast dein Wort nicht gehalten.“

„Mutter!“ sagte Christian.

Es war das erste Mal, daß er sie so nannte, und es lag eine so tief einschneidende Kraft in dem einem Worte, daß Sarah ganzes Wesen davon erbeite.

„Ja, Christian!“ sagte sie, sich allmählich aufrichtend, „ich habe dich immer als meinen Sohn betrachtet, aber warum folgst du denn nicht, wie ein Sohn seiner Mutter folgen soll?“

„Schläft er?“ gab er zur Antwort, scheue Blicke auf die Türe der Kammer richtend.

Sarah nickte bejahend mit dem Kopfe.

„Ich will es dir sagen, Mutter,“ begann Christian mit unsicherer, zu einem Klüftern herabgebrückter Stimme, „ich habe es dir schon erzählt.“

Jetzt erst sah Sarah den Sprechenden genauer an. Er sah in seiner Kleidung schrecklich verwildert aus; auch sein Angesicht trug die Spuren tiefer Verfalltheit, wie von durchwachten Nächten oder anhaltender Krankheit. Noch immer hielt er die Hand Leas zwischen die seine gepreßt.

„Dah' sie,“ rief Sarah, von einer plötzlichen Ahnung erfasst, „warum siehst du... so aus?“

„Kann man anders aussehen,“ meinte Christian, indem er die Weisung Sarahs befolgte, „wenn man Tag und Nacht über die Straßen wandert, um hierher zu kommen? Ich sage es dir ja, Mutter, ich habe es nicht ertragen können.“

„Rede nicht so hoch (laut),“ gebot ihm Sarah, deren Mißtrauen mit jeder Sekunde wuchs. „Du hast etwas in deiner Stimme, Christian, was mich erschreckt und zittern macht. Haben das die zwei Jahre getan, die du fort warst? Als Kind bist du nicht so gewesen.“

„Ich verstehe dich nicht, Mutter,“ sagte Christian mit so treuerzögerlicher Unbefangenheit, wie sie nur ein Heuchler hätte erdichten können.

Sarah schüttelte den Kopf.

„Und ich verstehe dein Kommen gerade zur Nachtzeit nicht,“ meinte sie, „wenn man Menschen erschrecken will, muß man sie erschrecken.“

„Habe ich dich erschreckt, Lea,“ rief Christian, die Hand des Mädchens wieder ergreifend.

„Dah' ab von ihr, lah' ab,“ rief Sarah, deren Argwohn zunahm. „Du gestählst mir nicht, Christian!“

„Warum soll ich von ihr lassen?“ rief Christian mit glühendem Blick auf Lea.

„Lebenslanger Gott!“ Nur das eine vermochte Sarah zu rufen; dann bedeckte sie schauernd das Gesicht mit beiden Händen. Der Blick, der ihr als fernes Wetterleuchten einmal schon erschienen und dann von ihr vergessen worden war, er fuhr loeben mit der Unmittelbarkeit elementarer Kraft vor ihren Augen nieder, alles zertrümmern, woran sie gebaut, und bis in das Heiligum ihres Welens den vernichtenden Feuerbrand schleudern! In diesem einen Augenblicke durchlebte sie rückwärtend die Geschichte vieler Jahre, und ihre Inhaft drängte sich in dem einen im Innern auslösenden Schmerzenschrei zusammen: „Ich habe unrecht, und die Welt hat recht behalten!“

Als Sarah die Hände vom Angesichte wegnah, mochte sie einen erschreckenden Anblick bieten. Ihre Augen starrten weit und äßern vor sich hin, und um ihre Mundwinkel zuckte jener Zug von Entsetzen, der dem Tode abgehört ist und doch dem vollen Leben gehört. Lea warf sich ihr an den Hals und schrie angstvoll:

„Warum bist du so erschrocken, Mutter! Komm doch zu mir!“

Mit fast übermenschlicher Gewalt drückte Sarah die Tochter an sich; jeder Nerv in ihrem Leibe klammerte sich an das gefährdete, nur in ihren Armen sichere Kind.

„Geh fort, Christian!“ kreischte sie, „geh fort! Du hast in meiner Stube nichts zu tun!“

Christian hatte die Arme vor die Brust gekreuzt; ein tieftrauriger Zug von Mitleid spielte um seine Lippen.

„Warum bist du so erschrocken, Mutter?“ fragte auch er, „ich habe dich niemals so gesehen. Du bist immer gut und freundlich gegen mich gewesen, hast an mir gehandelt, wie sonst kein Mensch in der Welt, und jetzt mit einemmale kommst du mir so fremd entgegen und erschrickst vor mir, als wäre ich wie ein Dieb in dein Haus eingebrochen.“

„Du bist auch ein Dieb!“ unterbrach ihn Sarah außer sich, „und besser wäre es gewesen, ich hätte dich ertrinken und verkommen lassen in der See, wie dein Vater ertrunken und verkommen ist.“

„Das hat meine Mutter Sarah nicht gesagt,“ rief Christian mit jellam zitterndem Tone, „das hat die Frau nicht gesagt, die mich auf ihren Armen getragen und blutige Tränen geweint hat, wie einst ihr Mann die Hand gegen mich aufhob. Weinst du, ich habe damals dein Schloßchen nicht gehört? Ich habe es mir gemerkt, wie sich ein Wirt die Zeche seines Kunden merkt, und alles, was du an mir getan hast, habe ich mir an einer Stelle aufgeschrieben, wo sie keiner auslöschen kann. Weinst du, ich weiß nicht, was du um meinetwillen gelitten hast? Ich habe oft über dich nachgedacht, Mutter, besonders wie ich in der Fremde war. Da haben sich meine Kameraden oft über mich lustig gemacht, haben mich „Judenbursch“ geschimpft, weil sie gewußt haben, daß ich bei euch war erzogen worden, aber ich habe mich nie geschämt, und mit Stolz habe ich ihnen gesagt: Und ihr alle zusammen, mangelnden habt keine solche Mutter gehabt! Alle nirgend hat es mir so geschmeckt, als an deinem Tische, und nirgend habe ich so geschlafen als in deinem Hause, und nirgend ist mir so wohl gewesen, als bei dir. Wirklich habe ich dich nie fränkter wollen, und jetzt wirfst du mir vor, ich sei wie ein Dieb in dein Haus eingebrochen und verhältst dein liebes Gesicht vor mir!“

Seine Stimme klang wie die eines Weinenden; sie brachte eine wunderbare Wandlung in Sarah hervor. Ihre Augen hatten den gläsernen Glanz verloren, der Entsetzungszug um ihre Mundwinkel war verschwunden. Waren es die Worte Christians, war es die Rückkehr ihres Welens, das sich von der Gewalt eines unvorhergesehenen Ereignisses aus seiner ruhigen Bahn hatte schlen-

„Du tust mir sehr wehe, Christian,“ sagte sie mit zuckenden Lippen.

gekochten Kriegsgefangenen. Herr Lohr hat die im Lazarett befindlichen Insassen eingeladen, um sie zu bewirten. Zu dieser Veranstaltung haben sich die in der „Niedermaus“ mitwirkenden Künstler bereit erklärt, das Beste vom Besten darzubieten. Alle Lübeder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Hansa-Theater. Am Donnerstag wird zum letzten Male „Die Verheißung“ gespielt. Freitag „Die Kaschingssee“, Sonnabend zum erstenmal „Graf Hohenstaufen“.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Der Ortsausschuß der Gewerkschaften für Schwartau und Renfelsfeld hielt am Sonnabend im Gasthof Transvaal eine Sitzung ab. Nach dem Jahresbericht waren dem Ortsausschuß im letzten Jahr 6 Gewerkschaften angeschlossen, und zwar die Banarbeiter mit 164 männlichen und 2 weiblichen Mitgliedern, Fabrikarbeiter 470 (144), Holzarbeiter 30 (1), Metallarbeiter 235 (5), Transportarbeiter 102 (5) und Zimmerer 46 (—). Zusammen 1047 männliche und 157 weibliche Mitglieder. Jeder Verband hatte 2 Vertreter. Versammlungen wurden 8 für einzelne Gewerkschaften 4 abgehalten. Eine Arbeitslosenabrechnung wurde aufgenommen. An Einnahmen waren 1862,12 Mk., an Ausgaben 932,40 Mk. zu verzeichnen. Rassenbestand 929,72 Mk. Zur Kartoffel- und Brotpreisübersteuerung wurde beschloffen, in den einzelnen Gewerkschaften Umfrage zu halten, welche Unternehmer diese Zulage bezahlt haben. In der nächsten Sitzung soll Bericht erstattet werden. Im Verzeichnis wird vom Gen. Kassen Lage geführt, daß die Jugend sich immer noch mit einem Zimmer in einer Wirtschaft begnügen muß. Verschiedene Redner kritisierten die Mißstände an der hiesigen Volksschule. Es wurde als ganz unverantwortlich bezeichnet, daß sich die Lehrer so wenig um die Kinder kümmern. Wenn auch die Kinder wegen Kohlenmangels nach Hause geschickt werden müßten, so hätten die doch jeden Tag auf kurze Zeit in die Schule kommen müssen, um Aufgaben entgegen zu nehmen, die von den Lehrern zu Hause korrigiert werden könnten. Oder die Lehrer hätten bei dem schönen Wetter Ausflüge mit den Kindern machen können, wo ihnen so manches in der Natur und Raumlehre beigebracht werden könnte, oder man hätte Turnunterricht erteilen können. Es kann auf keinen Fall so weiter gehen. Aber wie kommt diese unverantwortliche Gleichgültigkeit gegenüber der Volksschule? Die Kinder der bessergestellten Gesellschaft werden nach dem nahen Lübeck in die Schule geschickt. Von mangelndem Unterricht betroffen werden nur die Kinder der kleinen Beamten und Arbeiter. Deshalb ist den Eltern nur zu raten, sich zusammenzuschließen und einen Elternrat zu wählen, der mit der Lehrerschaft und dem Schulvorstand alle wichtigen Schulangelegenheiten zu regeln hätte. Es soll an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß vom Gewerkschaftsrat ein Elternparlament einberufen wird, um zu beraten, was gegen die vorhandenen Mißstände geschehen muß.

Cutin. Ein neuer Wirteverband der Provinz Lübeck, seine Wünsche und Forderungen. Im Wollhaus tagte eine Versammlung des Wirtvereins von Cutin und Umgegend des Provinzialvereins der Provinz Lübeck, des Vereins von Malente-Gremsmühlen, der Fischschäber und von Bad Schwartau. Es kam zu einem organisatorischen Zusammenfluß, der die Interessen des Gastwirtschafts gegenüber Behörden, Lieferanten, Gästen und Angehörigen vertreten soll. Die Lohnsituation wurde unter Hinzuziehung des Vertreters des Gastwirtschaftsverbandes Lübeck geregelt. Von besonderem allgemeinem Interesse abgesehen von den einzelnen Löhnen für Keller, Zimmermädchen, Hausdiener usw., war die durchzuführende Abschaffung der Triafelder durch den 10prozentigen Aufschlag auf die Zehle. Seitens des Wirtvereins wird besonders zur Hebung der Stellenlosigkeit im Kellnergewerbe auf die Anstellung männlicher Kräfte und dementsprechend auf die Entlassung von Kellnerinnen hingewirkt. Kommissionen werden gegebenenfalls zu entscheiden haben, welche Betriebe hierbei in Frage kommen, um einem Kellner genügend Arbeitsmöglichkeit geben zu können. Dem Tarife wurde zugestimmt. Vom Kellner wurde besonders gefordert, daß er den Wirt in seinem Bestreben, den Gästen eine besagliche Erholungsstätte zu bieten, durch freundliches Benehmen besonders auch beim Servieren unterstützt. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt der Tagesordnung betraf die Wäschefrage für die Pensionäre. Es wurde allgemein gewünscht, daß auf das Mitbringen der Bettwäsche, Handtücher, Tisch- und Wandtücher hinzuwirken sei. Sodann teilte der Cutiner Wirtverein seine Mindestpreise für Getränke mit, und zwar für 4 Liter Bier 60 Pfg., ein Selters 40 Pfg., eine Brause 50 Pfg., ein Grog 5 Mark, ein Glas Portwein 2,50 Mk., ein Kömmerl 2 Mk., ein Cognac 2,50 Mk., eine Tasse Kaffee 1,50 Mk. Auf die Bucher- und Schleifhandelsberichte ist die neue Vereinigung nicht gut zu sprechen. Sie erklärt diese als nicht zu Recht bestehend und machte der Nationalversammlung Vorschriften, was

zu tun und zu lassen habe. Die Unhaltbarkeit der heutigen Regierungsform glaubt diese Vereinigung nach dem „Anz. f. d. Fürstentum Lübeck“ feststellen zu müssen. Wahrscheinlich aus dem Grunde, weil die Regierung das Wohl der Gesamtheit über das Interesse einer Geldeinstreckerorganisation stellt. Falls den Wirten das unbeschränkte Hamstern zuzunehmen des Zahlungsfähigen und Schlemmenden nicht gefallt wird, wollen sie streifen. Auf die heutige Regierungsform ist der Verband auch wütend, weil die Beschlagnahme von Wohnungen der Pensionärinhaber zu Zwangsversteigerungen vorgenommen werden kann. Dagegen will man ebenfalls protestieren. Wenn nun im Sommer das Volk nicht ins Bad reiten kann, dann sind die verfluchten Sozialdemokraten schuld.

Arbeiterbewegung.

Teuerungszulage für Dachdecker. Das Tarifamt der Dachdecker beschloß, den Unternehmern dringend nahezu legen, dort, wo seit Dezember keine Lohnerhöhung eingetreten ist, a conto der Teuerungszulagen im Baugewerbe vom 15. Februar an 15 v. H. Lohnzulage zu gewähren. Höhere Zuschläge werden rückergeben.

Arbeitsmangel im Töpferverhande. Auf dem im Juni vorigen Jahres zu Nürnberg abgehaltenen Verbandstag des Verbandes der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands wurde u. a. beschlossen, innerhalb des Verbandes eine Arbeitsmangeluntersuchung in einzelnen Branchen über die Frage der Lohn- und Arbeitslosigkeit vorzunehmen. Falls sich 2/3 einer Branche für Einführung der Lohnarbeit entscheiden, soll der Verbandsvorstand gehalten sein, für diese mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Lohnarbeit in die Tat umzusetzen. — Das Ergebnis dieser Arbeitsmangeluntersuchung liegt nunmehr vor. Von 10 933 Mitgliedern des Verbandes haben sich 3 369 an der Abstimmung beteiligt. Von den Oefensekern stimmten für Lohnarbeit 2319, für Akkord 1152, ungültig 43 Stimmen. Da die 2/3-Mehrheit 2315 beträgt, gilt für die Oefensekern die Lohnarbeit als angenommen. Von den Oefensformern stimmten 1461 für Lohnarbeit, für Akkord 463, ungültig 11 Stimmen. Da hier die 2/3-Mehrheit 1283 beträgt, ist die Lohnarbeit gleichfalls angenommen. Das gleiche ist der Fall bei den Steinzeugtöpfern und bei den Hilfsarbeitern. Von den ersteren stimmten 380 für Lohn-, 101 für Akkordarbeit, von den Hilfsarbeitern 1212 für Lohn-, 104 für Akkordarbeit. Die Abstimmung in letztgenannter Sparte fällt nicht ins Gewicht, da die Hilfsarbeiter bereits fast durchgängig in Lohn beschäftigt werden. Anders liegt es bei allen anderen Sparten, wo zurzeit fast durchgängig Akkordtätigkeit eingeführt sind, was zurzeit bei den Oefensekern nicht besonders ins Gewicht fällt, da diese anaesthetisch der darniederliegenden Neubaurarbeit nur Reparaturarbeiten ausführen, die hauptsächlich in Lohn gemacht werden. Die Geschirrtöpfer (Scheibentöpfer) sind die einzige Branche des Verbandes, in der die vorgeschriebene 2/3-Mehrheit für Lohnarbeit nicht erreicht wurde; hier stimmten 624 für Lohn- und 457 Mitglieder für Akkordarbeit. — Nach dem oben erwähnten Verbandsausschluß werden nunmehr Verbandsvorstand und Beirat zu dem Abstimmungsergebnis Stellung nehmen und die Wege beraten müssen, um den Willen der Mitglieder nach Lohnarbeit durchzuführen, soweit sich die Sparten dafür entschieden haben.

Die Landarbeiter und der Achttundentag. In der Generalversammlung des Deutschen Landarbeitersverbandes wurde ein Antrag auf Anerkennung des Massenstreiks im proletarischen Kampf abgelehnt. Die Forderung auf Abschaffung der Frauenarbeit wurde ebenfalls abgelehnt. Kinder unter 14 Jahren sollen zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr herangezogen werden. Das Hofgängerwesen soll verschwinden. Der Vorstand tritt nach wie vor für eine Verkürzung der Arbeitszeit, so weit dies möglich ist, ein. Daraufhin wurden die Arbeiter, die die Einführung des Achttundentages verlangten, zurückgezogen.

Reich und Ausland.

Neu entdeckte Menschenfresser. Aus Sydney berichten amerikanische Zeitungen, daß kürzlich in Port Darwin, einer größeren Stadt Australiens, von einer im Regierungsauftrage die noch unbefannten Teile des fünften Kontinents erforschenden Expedition offizielle Mitteilung erstatet wurde, daß man an der Quelle des Flusses Liverpool Wilde angetroffen hätte, die noch offen dem Kannibalismus huldigen. Es handle sich um australische Eingeborene, und zwar um Nomaden, deren Heimat weiter nördlich in Australien liege und die sich nur zeitweilig in der Gegend jener Flußquelle aufhielten.

Zwei Flüchtlingsdampfer im Bosporus gesunken. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß zwei große Dampfer, jeder mit etwa 2000 Flüchtlingen aus Odesa an Bord, auf Minen gelaufen und bei der Einfahrt in den Bosporus gesunken sind. Man meint, daß alle umgekommen seien.

Welt und Wissen.

Die älteste Republik der Welt. Kein anderes Staatswesen der Welt hat ein so ungeheures hohes Alter erreicht, wie die nun seit mehr als 1100 Jahren in ein und derselben Regierungsform bestehende Republik Andorra in den Pyrenäen, die zugleich die älteste und die kleinste aller gegenwärtig bestehenden Republiken ist. Von diesem eigenartigen Staatenkuriosum verlagert Fritz Mieler in einem Aufsatz der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Neuer Land und Meer“. Die Republik Andorra bestand schon zur Zeit Karls des Großen und wurde von dem Herrscher bei der Gründung der spanischen Mark feierlich bestätigt, ein Staatsakt, der seitdem von niemandem angezweifelt worden ist. Während östlich im französischen Land und westlich im spanischen politische Umformungen und Neugegestaltungen einander jagten, ging das Leben in dem kleinen Staate ruhig und unverändert seinen Gang, wohl weil niemand an diesem bescheidenen Alpengebiet großes Interesse nahm. Die ganz in den ziemlich unzugänglichen südlichen Pyrenäen verborgene Republik umfaßt nur 452 Quadratkilometer, also den Flächeninhalt eines preußischen Landkreises, etwa 6000 Bauern und Hirten wohnen hier, die ihren Sitten und ihrer Sprache nach zu den Kataloniern gehören. Noch heute besitzt Andorra keinen auf eine größere Straße hin fahrbaren Weg, so daß man auch den in der Mitte gelegenen Hauptort, das Dörfchen La Biella, nur zu Fuß oder zu Pferde erreichen kann. Diese „Republik“ steht mit ihren malerischen Häusern am Abhang eines orographischen Felsens, und mühsam klettert man bis zu dem kleinen eiseren Pfad hinauf, auf dem sich das Staatshaus der Republik, die Casa de Valle, erhebt. Es ist dies zweifelslos das armstellige und zugleich älteste aller gegenwärtig benutzten Staatsgebäude; mit feinen marmorierten Mauern, der halb bauerlichen, halb burgartigen Banart und der romanischen Lage inmitten wilder Felsmassen kennzeichnet es vornehmlich den eigenartigen Charakter des ganzen Landchens. Das Innere ähnelt durchaus einem Bauernhause. Ueber eine sehr ausgezeichnete Holzstiege gelangt man durch das Schulzimmer, in dem die Kinder des Ortes unterrichtet werden, in den Sitzungssaal des Generalrats, dessen 24 Mitglieder die höchste Obrigkeit der Republik darstellen. Ein paar Bänke und ein einfacher Tisch sind das ganze Mobiliar des großen, hohen Zimmers. Am nächsten der spanischen Grenze liegt das kleine Bergdorf San Julia, hart an die schäumenden Wasser des Salina-Flusses gedrängt und rings von der tiefen schimmernden Alpen umschlossen. Die Natur Andorras erinnert an Tirol und ist durchaus nicht rau und unwirtlich, sondern ein Alpenland voll gesünder Wälder und Täler, die von Obstgärten, Reizen- und Tabakfeldern gesäumt sind. Die Bewohner sind sehr

fleißige Landleute und tragen eine herzliche Freundlichkeit zur Schau, die von der Zurückhaltung der übrigen Katalonier vornehmlich absticht.

Theater und Musik.

Dem 15. vollständigen Konzerte hatte Franz v. Hoecklin den Sammelnamen „Fasnacht“ gegeben und dem entsprechend auch die Auswahl der Vorträge getroffen. Von dem französischen Romantiker Hector Berlioz wurde der „Römische Karneval“, von dem Tschechen Dvorak (sprich Dwořak) die Ouvertüre für großes Orchester „Karneval“ gespielt. Beide Komponisten behandeln also denselben Barock. Aber wie grundverschieden ist die Musik der beiden! Bei Berlioz fließt alles von sprudelnder Lustigkeit über, geizig von dem Temperament eines klugen und geistreichen Mannes französischer Art. Bei Dvorak, dem Tschechen, ist die Karnevalsstimmung in slavische Rhythmen gewebt und seine Musik, obgleich nicht und munter, in leichte Schleiher slavischer Melancholie gewickelt. Wie ein Fasnachtsbescherer fast mutete es an, daß Franz v. Hoecklin für dieses Konzert ausgerechnet das Jagott, den Nachkommen der alten Bombarte, und den Kontrabaß als Soloinstrumente gewählt hatte. Daß aber da manchmal an das Grunzen und Quielen der Borkentiere erinnernde Jagott und der Kontrabaß sehr wohl geeignet sind, von sich aus allein zu wirken, zeigte sich in Carl Maria v. Weber's Konzert für Jagott mit Oboe und ein Franz Simandls Konzertstück für Kontrabaß. Die beiden Solisten Otto Stewien (Jagott) und Anton Kolp (Kontrabaß) legten davon Zeugnis ab, daß sie ihr Instrument meisterlich beherrschen. Außerdem spielte Franz v. Hoecklin seinen Hörern noch Otto Nicolais immer köstliche Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern“ und als Kauschmeißer schließlich Johann Strauß des Jüngeren „An der schönen blauen Donau“ vor. Der Walzerakt fuhr man einem und noch weit mehr manch einer ganz gewaltig in die Beine. Wie schön war doch die Tanzmusik früher gegen die Volksgewissensmusik von heute zu den Volksgewissensmärgen, vom Dnestep bis zum Foytrott!

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die geteilte Arbeitszeit für Beamte.

Dem Herrn Einlenber des Eingelands in Nr. 39 d. Bl. möchte ich als bisher Unbeteiligter folgendes erwidern: Wir glauben alle, recht schaffen zu arbeiten. Reiche Leute sind wir nicht, und Dienstpersonal haben wir auch nicht, besonders diejenigen nicht, die ihre wenigen freien Stunden noch zu Gartenarbeit verwenden müssen, mit der der Herr Einlenber wohl nichts zu tun hat. Er findet wohl trotz der geteilten Arbeitszeit noch genügend Stunden zur Erholung. Auch wir möchten abends noch einen Augenblick müßig sitzen, nachdem wir nachmittags unsere Gartenarbeit verrichtet haben. Oder sollen wir nur arbeiten, essen und schlafen? Es ist wohl anzunehmen, daß der größte Teil der Beamten und Angestellten für geteilte Arbeitszeit im Winter und ungeteilte im Sommer gestimmt hat. Im Sommer dürfte der Gas- und Feuerungsmangel nicht so sehr groß sein. Mittags in zwei Stunden nach Hause und wieder nach dem Bureau zu laufen, ist eine Hehlgagd für die meisten, ganz besonders für die vielen Kriegsverletzten. Für sie muß das Essen schon auf dem Tische stehen, wenn sie ankommen, damit sie es einnehmen und gleich wieder gehen können, denn die wenigsten wohnen innerhalb der Toxe oder können sich die teure Straßenbahn erlauben. Kommt man nach dieser Hehlgagd wieder ins Bureau, so hat man bei der heutigen Kost wieder Hunger, das werden diejenigen bezagen können, die sich das teure Fett nicht leisten können. Eine Teilung der Arbeitszeit, wie sie nun vorgelesen ist, nämlich um 1 Uhr, hat keinen Zweck, denn um 2 Stunden lohnt es sich nicht, den doppelten Weg zu machen. Dann sei dem Herrn Beamten noch gesagt: die große Mehrzahl der Lübeder Arbeiter wird wohl mittags auch kein frisches Essen bekommen, sondern muß sich das mitgenommene aufwärmen, trotz der körperlichen Arbeit. Sollten wir das bei der geistigen Arbeit nicht auch können? Also nur nicht allzu bequem, und andere auch zu ihrem Rechte kommen lassen. Ein Angestellter.

(Mit diesem Eingelands schließen wir die Aussprache über die Mittagszeit der Beamten. Red.)

Fleischausgabe.

In der Woche vom 18. bis 22. Februar 1920 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen

100 Gramm Leberwurst oder Blutwurst in Dosen sowie 100 Gramm amerikanisches Schweinefleisch,

für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, ausgegeben. Die Preise sind folgende:

100 Gramm Leberwurst oder Blutwurst Mk. 1,75,

100 Gramm amerikan. Schweinefleisch Mk. 1,70.

Ferner gelangt Frischwurst, soweit vorrätig, zur Ausgabe.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischmarken bei dem Schlachtereimeister H. Meincke, Schüsselbuden Nr. 30.

Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Frischfleisch ist nur bei dem Schlachtereimeister August Hellmann, Johannisstraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 18. Februar 1920. (18227)

Das Landesversorgungsamt.

Am Dienstag, dem 17. Februar, entließ nach kurzer, schwerer Krankheit im 64. Lebensjahre unser lieber guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Klempner

Gustav Schewe.

In tiefer Trauer

Joh. Schewe u. Frau, Breslau,
Wilh. Wulf u. Frau geb. Schewe,
Karl Schewe, Breslau,
zwei Enkelkinder u. seine langjährige Haushälterin Doris Schwarck.

Bad Schwartau, den 17. Februar 1920.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Renfelsfelder Friedhofes aus statt. 18231

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer Silbernen Hochzeit danken herzlich Adolf Westphal u. Frau. Gesellin oder erfahrene Näherin für Damenschneiderei gef. M. Glase, Köhlstraße 35, I.

„Sieh an, Mutter!“ fuhr Christian fort. „Ich bin in guter Arbeit, da unten in einer Stadt an der deutschen Grenze gefangen, da haben sie mich unter die Soldaten nehmen wollen, weil ich überall in der Welt Krieg ist. Wie ich das erfahren habe, da bin ich auf und davon. Da habe ich eine Sehnsucht nach euch in mir verspürt, die war nicht zu stillen. Wenn sie dich jetzt in den Krieg schicken, habe ich mir gesagt, und du hast Lea nicht mehr gesehen, und weißt nicht, was aus ihr geworden ist und was aus ihr werden wird — denn Lea gehört mir, und du bist nicht umsonst die Mutter von ihr! Siehst du, wie mir das alles eingefallen ist, hat es mir nicht mehr Ruhe gelassen; ich muß wissen, was aus Lea werden wird. — Ich kann nicht leben und nicht sterben, wenn ich das nicht weiß.“

„Schweig, Schweig, Christian!“ rief Sarah ans neue erschreckt von der Glut dieser nie geäußerten Worte.

„Aber ich will nicht Soldat werden, ich habe mir einen Finger ab, da sollen sie dann leben, ob ich ein Gewehr leben kann — ich gehöre in dein Haus, Mutter, und Lea gehört mir. Ich lasse mir sie nicht nehmen, und hier will ich bleiben und will kein Soldat sein.“

Sarah sah da, geknickt und gebrochen; sie hörte den gewaltigen Orkan um ihr Haus brausen... im nächsten Augenblick konnten sie alle die es beherbergte, unter seinen Trümmern begraben sein.

„Und das alles“ tönten tausend Stimmen in ihr, „hätten du vermeiden können, wenn du nicht dir, sondern der Welt gefolgt hättest. Jetzt bricht alles zusammen!“

Sie wehrte tief an.

„Das ist die schwerste Stunde meines Lebens! Gott helfe mir darüber,“ wüthete sie halblaut.

In demselben Augenblicke rief Lea, die bis dahin nur die Mutter und Christian hatte sprechen lassen, nach der Tür weisend:

„Still, der Vater ist erkrankt.“

Und in der Nacht brang aus der Kammer, worin Wolf Ungar schlief, die oft gehörte Redensart des kranken Mannes, wie sie schon seit Jahren auf seinen Lippen lag: „Auseinanderreißen — es ist gegen die Natur — das ist das Unglück der Ehe — mit der Granatenkammer.“

Niemals hatten diese wenigen Worte, die ihr doch aus langer Gewohnheit zu weichen Bedürfnissen geworden waren, so wunderbar scharf und verständnisvoll geklungen! Wie unter einem belebenden Hauche erhob sich die Ermattung ihrer Seele; das war nicht mehr die gebrochene Sarah, die einen Augenblick zuvor in anstößiger Bangigkeit ihr Haupt vor dem nahenden Sturm gebogen! Sie hatte sich in die Höhe gerichtet, ein höheres Ziel begehrt aus ihren Augen, und am ihren Mund brühte ein Zug von Trost, der auf Unbegreiflichkeit eines Ereignisses hindeutete. (Fortsetzung folgt.)